

## Beschlüsse vom Parteitag am 01. Februar 2020

Nr.	Antragsteller   Antragstitel	Beschluss des Parteitags	Weiterleitung
S 01	Unterbezirksvorstand Dresden <b>Statutenänderung zur Einführung einer Doppelspitze</b>	mit ÄA angenommen	
I 01	Albrecht Pallas <b>Arbeitsprogramm "Zusammenhalt und Zukunft"</b>	mit ÄA angenommen	
I 02	OV Dresden-Prohlis, OV Dresden-West, OV Dresden-Mitte <b>Keine Rückwärtsrolle beim Schulnetzplan 2018 - und schon heute an die Schule von morgen denken</b>	angenommen	Stadtratsfraktion
A 01	Albrecht Pallas, Jessika Markert, Matthias Ecke, Julia Hartl, Rasha Nasr, Felix Göhler, Jan-Ulrich Spies, Sophie Koch, Sigrun Witt, Matthias Lüth <b>Kommunalpolitische Leitlinien</b>	mit ÄA angenommen	Stadtratsfraktion
A 02	Jusos Dresden, OV Dresden-Plauen <b>Mobilität im Wandel</b>	mit ÄA angenommen	Landesparteitag Landtagsfraktion Bundesparteitag Bundestagsfraktion
A 03	OV Dresden-Pieschen <b>Bodenspekulation in Dresden bekämpfen! – Voraussetzungen zur Einführung der Grundsteuer C schaffen</b>	angenommen	Stadtratsfraktion
A 04	Jusos Dresden <b>Nur hochwertige Arbeitsverhältnisse garantieren eine hochwertige Gesundheitsversorgung in Sachsen</b>	angenommen	Landesparteitag Landtagsfraktion

Nr.	Antragsteller   Antragstitel	Beschluss des Parteitags	Weiterleitung
A 05	OV Dresden-Neustadt <b>Finanzielle und strukturelle Förderung von lokalem Journalismus ermöglichen</b>	mit ÄA angenommen	Stadtratsfraktion
A 06	Jusos Dresden <b>Ende des MusiklehrerInnenprekariats – Honorarverträge untersagen, gute Bezahlung ermöglichen</b>	mit ÄA angenommen	Landesparteitag
A 07	OV Dresden-Plauen <b>Klimaschutz und Folgen des Braunkohleausstieges</b>	mit ÄA angenommen	Landesparteitag
A 08	Jusos Dresden <b>Die Würde(?) des Pfandes</b>	angenommen	Stadtratsfraktion
A 09	OV Dresden-Pieschen <b>Hufewiesen als naturnahes Grünareal erhalten</b>	angenommen	Stadtratsfraktion
A 10	Jusos Dresden <b>Für die Gleichberechtigung: Elternzeit geht uns alle an</b>	mit ÄA angenommen	Landtagsfraktion Landesparteitag
A 11	Jusos Dresden <b>Schluss mit ABCD-Waffen: Ächtung von Digitalwaffen</b>	angenommen	Landesparteitag Bundesparteitag
A 12	Jusos Dresden <b>Böllerfreies Dresden</b>	mit ÄA angenommen	Stadtratsfraktion
A 13	Jusos Dresden <b>Gemeinsam besser wohnen</b>	angenommen	Stadtratsfraktion Landtagsfraktion Landesparteitag

Nr.	Antragsteller   Antragstitel	Beschluss des Parteitags	Weiterleitung
A 14	Jusos Dresden <b>Kinderarmut verhindern – Ehegattensplitting abschaffen!</b>	Überweisung in UBV zur weiteren Beratung	UBV
A 15	Jusos Dresden <b>Anträge digitalisieren</b>	mit ÄA angenommen	Landesparteitag
A 16	Jusos Dresden <b>Mandatsverzicht für Minister*innen</b>	abgelehnt	
A 17	Jusos Dresden <b>Nicht ohne uns! Wahlalter absenken und politische Bildung ausbauen!</b>	Überweisung in UBV zur weiteren Beratung	UBV
A 18	Jusos Dresden <b>Ein neuer Sozialstaat – solidarisch finanziert</b>	Überweisung in UBV zur weiteren Beratung	UBV
A 19	Jusos Dresden <b>Die Zukunft der SPD-Internen Abstimmungen: Wir müssen mehr Zugriffsschutz wagen!</b>	Überweisung in UBV zur weiteren Beratung	UBV
A 20	Jusos Dresden <b>Jetzt ist's vorbei mit CO2</b>	Überweisung in UBV zur weiteren Beratung	UBV
A 21	Jusos Dresden <b>5G-Ausbau – China-Hysterie beenden!</b>	Überweisung in UBV zur weiteren Beratung	UBV
A 22	Jusos Dresden <b>Alle mitnehmen beim Ferienkarussell</b>	Überweisung in UBV zur weiteren Beratung	UBV

---

**Beschluss S 01**

---

1 **Statutenänderung zur Einführung einer Doppelspitze**

2 § 4 des Statuts der SPD Dresden wird wie folgt geändert:

3 § 4

4 Unterbezirksvorstand

5 (1) Dem Unterbezirksvorstand gehören an:

6 a. der/die Vorsitzende oder zwei gleichberechtigte Vorsitzende, davon eine Frau,

7 b. zwei stellvertretende Vorsitzende, dabei sollen beide Geschlechter vertreten sein,

8 c. der/die Kassierer/in,

9 d. der/die Schriftführer/in,

10 e. der/die Mitgliederbeauftragte,

11 f. mindestens sieben, maximal elf Beisitzer/innen.

12 Die Zahl der Vorsitzenden und der Beisitzer/innen wird vom Unterbezirksparteitag vor der Wahl  
13 festgelegt

14 (2) Teilnehmer mit beratender Stimme legt der Unterbezirksvorstand in seiner Geschäftsordnung  
15 fest.

16 (3) Der Unterbezirksvorstand legt seine Arbeitsweise in einer Geschäftsordnung fest, die den  
17 Ortsvereinen zur Kenntnis zu geben ist.

18 (4) Dem Präsidium des Unterbezirksvorstandes gehören an:

19 a. der/die Vorsitzende/n,

20 b. der/die stellvertretenden Vorsitzenden,

21 c. der/die Kassierer/in,

22 d. der/die Schriftführer/in,

23 e. der/die Mitgliederbeauftragte.

24 Das Präsidium übernimmt die Tagesaufgaben und bereitet die Unterbezirksvorstandssitzung  
25 vor.

26 (5) Die Quotierung soll für den Vorstand und das Präsidium eingehalten werden.

---

## Beschluss I 01

---

# 1 „Zusammenhalt und Zukunft“ – Leitlinien für die Vorstandsarbeit 2020 2 bis 2022

## 3 I. Die SPD in Dresden

### 4 *Unsere Lage*

5 2019 war ein ereignisreiches und anspruchsvolles Jahr für die SPD, ob in Dresden, Sachsen oder  
6 im Bund.

7 Führungswechsel und Umgang des Spitzenpersonals in Berlin miteinander haben keinen guten  
8 Eindruck gemacht. Der Prozess zur Auswahl einer neuen Doppelspitze war offen und  
9 basisdemokratisch. Er erzeugte jedoch ungewollt ein Vakuum in der Außenwirkung. Unsere neue  
10 Parteiführung, Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans, die beide einen großen sozialen  
11 Gestaltungsanspruch haben, steht personell für einen Neuanfang. Beide Vorsitzende brauchen  
12 nun den Rückhalt der gesamten SPD. Dann können wir positiv in die Zukunft der Sozialdemokratie  
13 sehen.

14 Bei den Wahlen zum Sächsischen Landtag wurde die SPD ähnlich wie andere Parteien des linken  
15 Spektrums in der Polarisierung zwischen CDU und AfD zerrieben. Im Ergebnis gaben viele  
16 Wähler\*innen aus diesem Spektrum der CDU ihre Stimmen. Aber wir können weiter unser Land  
17 gestalten und haben mit der neuen Sachsen-Kenia-Koalition Chancen, viele Probleme unseres  
18 Landes zu lösen und Sachsen weiter zu modernisieren. Die Verhandlungserfolge der SPD bieten  
19 uns eine Chance, die wir nutzen werden.

### 20 *In Dresden nichts Neues?*

21 In Dresden konnten wir in den letzten Jahren nicht deutlich genug machen, wofür wir stehen und  
22 was die sozialdemokratischen Errungenschaften in der Dresdner Kommunalpolitik sind. Auch das  
23 führte bei den Kommunalwahlen zu unserem schlechten Ergebnis. Zwar konnte die SPD im  
24 Rahmen der rot-grün-roten Stadtrats-Kooperation viele sozialdemokratische Projekte umsetzen.  
25 Dazu gehören bspw. die Neu-Gründung eines kommunalen Wohnungsunternehmens, der  
26 Neubau und die Sanierung vieler Schulen, der Einstieg in den sozialen Wohnungsbau, die  
27 Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Stadtverwaltung und in städtischen Unternehmen,  
28 der weitere Ausbau der ÖPNV-Angebote oder die Stärkung der kulturellen Vielfalt in den Dresdner  
29 Stadtteilen. Mit Blick auf die Kommunalwahl konnte die SPD daraus leider keine größere  
30 Zustimmung erlangen.

31 Mit Grünen und Linken gibt es nach wie vor die größten inhaltlichen Schnittmengen. Das zeigt  
32 sich auch in dem Absichtspapier, welches die Stadtratsfraktionen von Grünen, Linken und SPD  
33 im Dezember 2019 unterzeichnet haben. Als Dresdner SPD unterstützen wir die vereinbarten  
34 Projekte ausdrücklich. Wir nehmen aber auch die Pattsituation zwischen dem progressiven und  
35 dem konservativen Lager und die mangelnden Fähigkeiten des Oberbürgermeisters zur  
36 Kompromissbildung im Stadtrat zur Kenntnis. Die Situation müssen wir als Chance sehen für  
37 breitere Mehrheiten und damit auch für die SPD, ihre kommunalpolitischen Ziele im Dresdner  
38 Stadtrat durchzusetzen. Als Dresdner SPD stärken wir unserer Stadtratsfraktion ausdrücklich den  
39 Rücken, konsequent mit eigenen Anträgen und öffentlichen Initiativen unser Profil als umsichtige

---

---

## **Beschluss I 01**

---

40 und progressive linke Partei mit den Schwerpunkten Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt,  
41 Arbeit, Bildung und Modernisierung unserer Gesellschaft zu schärfen.

### **42 *Die Klammer SPD Dresden – Neues Miteinander***

43 Die Dresdner SPD wird geprägt von ihren Ortsvereinen sowie inhaltlichen Arbeitsgemeinschaften  
44 und Arbeitskreisen. Sehr viel Mitglieder engagieren sich dort in ihrer Freizeit. Ihnen kann dafür  
45 nicht genug gedankt werden. Diese vielfältigen internen und öffentlichen Aktivitäten konnten in  
46 den letzten Jahren zu wenig als großes Ganzes zusammengefügt werden. Gleichzeitig war die  
47 Beteiligung der Gliederungen an der stadtweiten politischen Arbeit sehr unterschiedlich  
48 ausgeprägt. Dadurch verpuffte dieses Engagement in der öffentlichen Wirkung.

49 Wenn die SPD in Dresden mehr wahrgenommen werden soll, müssen wir die unterschiedlichen  
50 lokalen und inhaltlichen Aktivitäten mit einer Klammer als SPD Dresden zusammenfügen. Aus  
51 unserer schwierigen Lage kommen wir nur gemeinsam heraus und wenn wir es schaffen eine  
52 Kultur zu etablieren in der sich alle Mitglieder der SPD Dresden auch wohl, willkommen und ernst  
53 genommen fühlen. Unterbezirksvorstand, Gliederungen, Stadtratsfraktion, Abgeordnete und alle  
54 weiteren Akteure und Mitglieder müssen sich bestmöglich abstimmen und zusammenarbeiten.  
55 Unsere Lage erfordert zusätzlich, dass wir in unseren Kernkompetenzthemen besser erkennbar  
56 sind. Dies erreichen wir durch den Mut zur Reduktion und zur Konzentration auf diese zentralen  
57 Themen. Diese Schwerpunktsetzung und Profilierung sollten bis zur nächsten Kommunalwahl und  
58 darüber hinaus konsequent erfolgen. In den nächsten zwei Jahren legen wir dafür die inhaltlichen  
59 und organisatorischen Grundlagen. Ziel muss sein, mit unseren begrenzten Ressourcen  
60 möglichst umfassend öffentlich wahrnehmbar zu sein.

61 Unsere Kernthemen sind Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt, Bildung, Arbeit sowie die  
62 Modernisierung der Stadt und der Stadtgesellschaft, insbesondere um den Klimaschutz und den  
63 gesellschaftlichen Wandel durch Digitalisierung und Globalisierung auch in Dresden sozial  
64 gerecht zu gestalten.

## **65 II. Der Unterbezirksvorstand**

### **66 *Selbstverständnis und Auftrag***

67 Der Unterbezirksvorstand ist das politische Führungsgremium der Dresdner SPD und gestaltet  
68 diesen Auftrag im Sinne eines sozialen, demokratischen und lebenswerten Dresdens. Er besteht  
69 aus seinen gewählten und beratenden Mitgliedern. Der Vorstand bestimmt kooperativ mit allen  
70 maßgeblichen Akteur\*innen die Politik der Dresdner SPD zwischen den Parteitag, koordiniert  
71 die Abstimmung innerhalb der Partei zu Positionen in der öffentlichen Debatte, fördert und  
72 organisiert die inhaltliche Arbeit und vertritt die Positionen der SPD nach außen. Der/ die  
73 Vorsitzende ist die erste Stimme der Partei nach außen. Auf Grundlage der Beschlüsse der  
74 Gesamtpartei bestimmt der Unterbezirksvorstand die politische Strategie der Dresdner SPD, ihrer  
75 Gliederungen und weiteren Akteur\*innen.

76 Die Geschäftsführung zwischen den Vorstandssitzungen durch das Präsidium hat sich bewährt  
77 und wird fortgeführt. Es strukturiert die Arbeit des UBV, bereitet Vorstandssitzungen vor,  
78 gewährleistet die stetige Kommunikation in die Mitgliedschaft und trifft vorläufig kurzfristig

---

## **Beschluss I 01**

---

79 notwendige politische Entscheidungen. Diese sollen vom Gesamtvorstand im Nachhinein beurteilt  
80 werden. Das Präsidium ist gegenüber dem UBV informations- und rechenschaftspflichtig.

### **81 *Formate und Projekte der SPD Dresden***

82 Unsere inhaltliche Schwerpunktsetzung muss sich in der öffentlichen politischen Arbeit zeigen.  
83 Zwischen Partei, Fraktion und Abgeordnetenbüros werden inhaltliche Kampagnen abgestimmt  
84 und organisiert, an der sich alle Gliederungen und Akteure beteiligen sollen. Dafür entwickeln wir  
85 Formate und Instrumente, die von allen Gliederungen und Mitgliedern ohne weiteres genutzt  
86 werden können. Die Umsetzung der Kampagnen wird durch den UBV begleitet und ausgewertet.

87 Gleichzeitig werden in den Ortsvereinen bereits viele Aktionsideen entwickelt. Diese sollten der  
88 gesamten Stadtpartei zugänglich gemacht werden. Der UBV wird den Austausch mit und  
89 zwischen den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen fördern und  
90 entsprechende Formate entwickeln. Wir wollen unsere Gliederungen ebenso dabei ermutigen und  
91 unterstützen, auch außerhalb der Wahlkämpfe öfter auf der Straße präsent zu sein.

### **92 *SPD kooperiert mit wichtigen gesellschaftlichen Akteuren***

93 Um wahrnehmbarer und wirkungsvoller zu werden, muss die SPD noch besser mit wichtigen  
94 Akteur\*innen der Zivilgesellschaft kooperieren. Insbesondere mit den Gewerkschaften, der  
95 Arbeiterwohlfahrt, Akteur\*innen der politischen und demokratischen Bildung, den Naturfreunden,  
96 Gleichstellungs-Vereinen sowie sozialen und antirassistischen Bewegungen werden wir die  
97 Zusammenarbeit intensivieren. Gleichzeitig bleiben wir im Dialog mit Sozial-, Wohlfahrts- und  
98 Wirtschaftsverbänden, der Umweltbewegung, den Kirchen sowie den Initiativen und  
99 Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und Bildung.

## **100 III. Bundestagswahlen im Jahr 2021**

101 Bei den Wahlen zum 20. Deutschen Bundestag wird die Dresdner SPD mit zwei Kandidat\*innen  
102 antreten. Dabei wollen wir ggf. gemeinsam mit beteiligten Kreisverbänden Persönlichkeiten  
103 aufstellen, welche die Vielfalt der Stadtgesellschaft und unsere inhaltlichen Schwerpunkte  
104 bestmöglich abbilden. Im Herbst 2020 werden diese Kandidat\*innen auf zwei  
105 Kreiswahlkonferenzen bestimmt. Der Prozess zur Suche geeigneter Personen bis dahin wird vom  
106 UBV verantwortet. Den zu erwartenden Wahlkampf im Jahr 2021 werden wir auch nutzen, um die  
107 Profilierung der Dresdner SPD voranzutreiben

## **108 IV. Kapitel: Partei leben**

### **109 *Inhalte erarbeiten, diskutieren und transportieren***

110 Als politischer Ansprechpartner wahrgenommen und anerkannt zu werden, müssen wir uns täglich  
111 erarbeiten. Die Menschen wollen sehen, dass unsere Antworten einen Gewinn für sie selbst und  
112 darüber hinaus für die gesamte Gesellschaft bedeuten.

113 Daher ist es notwendig, ein großes, thematisch aufgefüchertes sozialdemokratisches Projekt für  
114 Dresden zu erarbeiten. Dabei steht die breite Diskussion in der Partei und mit externen

---

## **Beschluss I 01**

---

115 Expert\*innen am Anfang des Prozesses. Der Unterbezirksvorstand wird diesen Diskussions-  
116 prozess in der Partei organisieren.

### ***Ortsvereinsarbeit ermöglichen und zusammenführen***

118 Eine lebendige Diskussionskultur in den Ortsvereinen ist eine Voraussetzung für lebendige  
119 Debatten im Unterbezirk als Ganzes. Deshalb wird der UBV mit den Ortsvereinen in eine intensive  
120 Diskussion treten, wie die Arbeitsansätze und -ergebnisse in den einzelnen Ortsvereinen  
121 insgesamt für alle besser zur Verfügung gestellt werden können.

### ***Diskussionen und Arbeit in den AGs und AKs nutzen***

123 Neben den Ortsvereinen existieren in der Dresdner SPD viele Arbeitsgemeinschaften,  
124 Arbeitskreise und weitere thematisch arbeitende Gruppen. Hier werden neben eigenen  
125 Veranstaltungen, die teilweise öffentlich sind, viele Diskussionen geführt und inhaltliche  
126 Positionen erarbeitet. Mit Unterstützung unserer Stadträt\*innen wollen wir klären, welche weiteren  
127 thematischen Arbeitskreise wichtig und sinnvoll sind.

128 Die vielfältige thematische Arbeit in den Gremien wird der UBV schon im Prozess stärker für die  
129 gesamte Partei zur Verfügung stellen. Auch diejenigen Mitglieder, die nicht zu den AK- und AG-  
130 Sitzungen kommen können, sollen sich in unterbezirkweit organisierten Veranstaltungen in die  
131 Debatten der AGen und Arbeitskreise einbringen und ihr Knowhow zur Verfügung können. Dazu  
132 wollen wir externe Expert\*innen in diesen Diskussionsprozess mit einbinden. Auf der Grundlage  
133 der Impulse aus offenen Veranstaltungen werden weitere Anregungen in die Arbeit in den AKs  
134 und AGs gespeist.

### ***Neue Formen und Formate anbieten***

136 Die Partei für breite thematische Diskussion und für einen Arbeitsprozess zu öffnen, erfordert auch  
137 neue Veranstaltungsformate anzubieten und auszuprobieren. Wir wollen mehrmals jährlich  
138 Tagesveranstaltungen an Wochenenden anbieten, bei denen AGen und AKe sich und ihre  
139 thematische Arbeit vorstellen und wir diese prozesshaft diskutieren. Diese Debatten werden  
140 einerseits in die Gremien zurückgespiegelt und dienen andererseits der programmatischen  
141 Grundlage für Parteitage.

142 Darüber hinaus wollen wir in einen intensiven Austausch mit allen Organisationen der  
143 sozialdemokratischen Familie treten. Milieus, die sich so in der sozialdemokratischen Familie  
144 engagieren, sich aber von der Partei nicht angesprochen fühlen, wollen wir so ein kontinuierliches  
145 Angebot unterbreiten.

146 Am Ende dieses intensiven, internen und externen, Diskussionsprozesses in allen  
147 Themenbereichen kann ein Stadtkongress dazu dienen, das sozialdemokratische Projekt für die  
148 Landeshauptstadt Dresden einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen.

## **V. Innerparteiliche Herausforderungen**

### ***Integration neuer Mitglieder und Personalentwicklung***



---

## **Beschluss I 01**

---

151 Viele Mitglieder der Dresdner SPD sind in den letzten drei Jahren eingetreten. Manche haben sich  
152 ein Betätigungsfeld erschlossen. Andere suchen noch nach Möglichkeiten. Eine wichtige Aufgabe  
153 des neuen Vorstands liegt darin, die neuen Mitglieder bei ihrer Integration in die Partei zu  
154 unterstützen. Gleichzeitig muss der Kontakt und die Zusammenarbeit mit erfahreneren Mitgliedern  
155 erhalten und ausgebaut werden. Ziele sind eine bessere Vernetzung unter uns Genoss\*innen  
156 aber auch die Entwicklung von konkreten Handlungsmöglichkeiten und Kompetenzen unserer  
157 Mitglieder für ihre Mitwirkung an der Umsetzung sozialdemokratischer Ziele im Rahmen politischer  
158 Ämter oder Mandate, der Arbeit in Vereinen, Verbänden und Bündnissen aber auch im  
159 persönlichen Arbeits- oder Ehrenamts- oder Freizeitumfeld. Gemeinsam mit unseren  
160 Partner\*innen in der politischen Bildungsarbeit werden wir den Mitgliedern hierfür explizite  
161 Bildungsangebote machen. Der UBV erarbeitet hierfür ein Konzept. Ebenso wollen wir bei der  
162 Gewinnung neuer Mitglieder dran bleiben, um die ehrenamtliche Basis unserer Partei in Dresden  
163 weiter zu stärken.

### **164 *Vielfalt der Stadtgesellschaft leben - Intersektionale Gleichstellung***

165 Dresden hat eine vielfältige Stadtgesellschaft. Diese Vielfalt bildet die Mitgliedschaft der SPD in  
166 den verschiedenen AGs, AKs oder auch Vorständen noch nicht optimal ab. Wir müssen unsere  
167 Partei nicht nur für Frauen attraktiver machen, wir müssen unsere Partei auch für People of Color  
168 und andere unterrepräsentierte soziale Gruppen attraktiver machen. Wir müssen hin zu einer  
169 Kultur, in der sich die verschiedensten Menschen wohl fühlen. Daran müssen wir alle arbeiten.

170 Unsere Aufgabe als Vorstand ist, es mit gutem Beispiel voran zu gehen. Wir werden mit den  
171 Gliederungen gemeinsam ein Konzept erarbeiten und umsetzen, welches die Vielfalt in der SPD  
172 weiter verbessert und eine Reflexion in der gesamten Dresdner SPD über diese Fragen ermöglicht.  
173 Dazu gehört im Besonderen die Überarbeitung der Geschäftsordnung für Parteitage zur  
174 ausgewogenen Repräsentation aller Geschlechter im Redeanteil, bspw. durch eine harte  
175 Quotierung der Redeliste. Hier sind wir alle gefragt.

### **176 *Workshops, Veranstaltungen und Projekte***

177 Um diese Vielfalt in der Partei zu erreichen, bedarf es verschiedene Angebote an alle  
178 Parteimitglieder und diejenigen, welche es mal werden könnten.

179 Bei allen Angeboten werden wir darauf achten, diese unter Einbeziehung verschiedener  
180 Akteur\*innen in der Stadtgesellschaft zu erstellen.

181 Folgende Beispiele für Veranstaltungsformate können uns bei der intersektionalen Gleich-  
182 stellungsarbeit in der SPD helfen.

183 Zum ersten könnte ein Seminar zu Rede- und Sitzungskultur im politischen Kontext der  
184 Selbstreflexion dienen und zu einer Verbesserung der innerparteilichen Kultur führen. Zweitens  
185 wollen wir wieder ein Mentor\*innen-Projekt vorantreiben. Hierbei sollen unerfahrenen Frauen und  
186 People of Color mit erfahrenen Genoss\*innen und Genossen zusammengebracht werden, um zur  
187 intersektionale Personalentwicklung innerhalb der Dresdner SPD beizutragen. Ein drittes und sehr  
188 niederschwelliges Angebot könnte ein regelmäßiges familienfreundliches Wochenendtreffen sein,  
189 bspw. in Form eines Brunches, Dies wäre ein Angebot, unsere Kernthemen so zu präsentieren,

---

**Beschluss I 01**

---

190 dass Genoss\*innen aber auch Externe sich inhaltlich und zu einer familienfreundlichen Zeit in die  
191 Partei einbringen können.

192 ***Digitalisierung der Arbeit der SPD Dresden***

193 Viele Mitglieder der SPD Dresden wünschen sich eine zeitgemäß organisierte Partei, die digitale  
194 Methoden nutzt, um Informationen zugänglich zu machen und Zusammenarbeit zu erleichtern.

195 Schon heute existiert für die SPD Dresden ein cloud-basiertes System der Datenablage für  
196 Protokolle und Beschlüsse des Unterbezirksvorstands sowie ein online-Projektmanagement-Tool  
197 für dessen projektbasierte Arbeit, aber nicht für die Gesamtpartei. Spezifische Instrumente, um  
198 unsere innerparteiliche Kommunikation besser digital zu organisieren und mit unseren normalen  
199 Präsenzstrukturen zu verzahnen, nutzen wir bisher noch nicht. Dies soll der neue Vorstand ändern.

200 Deshalb wird ein cloudbasiertes Speichersystem eingerichtet, in das jede Gliederung und  
201 Arbeitsgruppe der SPD Dresden Protokoll- und andere Dateien hochladen kann. Des Weiteren  
202 erhält jede\*r Genoss\*in des UB Dresden Zugriff auf dieses System.

203 Im Wege einer Umfrage bis voraussichtlich Mitte des Jahres 2020 werden alle Mitglieder,  
204 insbesondere aber die Spitzen der Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften und sonstigen Gruppen  
205 in der SPD Dresden, nach ihren Bedürfnissen und Erwartungen bezüglich eines digitalen  
206 Parteiarbeitstools (Kollaborationstool) befragt. Dabei stehen die Funktionen Instant-Messaging-  
207 Dienst, Projektmanagement (kollaborative Aufgabenbearbeitung) und Kalenderfunktion im  
208 Vordergrund. Mit der Umfrage soll geklärt werden, welche dieser Tools bereits von wem wie  
209 genutzt werden, und welche für welchen Kreis als sinnvoll und notwendig angesehen werden.

210 Ebenfalls bis voraussichtlich Mitte des Jahres 2020 wird endgültig geklärt, welche Tools der SPD-  
211 Parteivorstand seinen Gliederungen zu den oben genannten Zwecken unter welchen  
212 Bedingungen zur Verfügung stellen kann. Sollten sich die Erwartungen der Mitgliedschaft über die  
213 parteieigenen Instrumente nicht bedienen lassen, beauftragt die SPD Dresden einen externen  
214 Dienstleister mit der Bereitstellung eines geeigneten Tools auf Open-Source-Basis. Dafür werden  
215 Mittel in angemessener Höhe im Haushalt 2020 des Unterbezirks bereitgestellt.

---

**Beschluss I 02**

---

1 **Keine Rückwärtsrolle beim Schulnetzplan 2018 - und schon heute an**  
2 **die Schule von morgen denken**

3 *Der Unterbezirksparteitag der SPD Dresden möge beschließen und an die SPD-*  
4 *Stadtratsfraktion und Sozialdemokrat\*innen in der Stadtverwaltung weiterleiten:*

5 **I.**

6 Die Dresdner SPD bekennt sich zum Dresdner Schulnetzplan, den der Stadtrat 2018  
7 beschlossen hat.

8 Damit bekennt sich die Dresdner SPD vor allem zum

- 9 • dauerhaften Standort für das Gymnasium Gorbitz am Leutewitzer Ring.
- 10 • Neubau für das Berufsschulzentrum Franz-Ludwig-Gehe und zur Erweiterung um ein  
11 berufliches Gymnasium am Standort Boxberger Straße in Prohlis.
- 12 • Neubau an der Freiburger Straße für eine 5-zügige Oberschule.

13 Die SPD Dresden kritisiert, dass der ehemalige CDU-Bildungsbürgermeister Vorjohann die  
14 genannten Schulbaubeschlüsse ausgesessen hat, um die Schulstandorte in Prohlis und Gorbitz  
15 scheinbar bewusst zu verhindern.

16 Die Dresdner SPD fordert Oberbürgermeister Dirk Hilbert auf, die Planungen für die genannten  
17 Schulbauprojekte wie mit dem Schulnetzplan vom Dresdner Stadtrat beschlossen mit Nachdruck  
18 voranzutreiben und die dem Stadtratsbeschluss zuwiderlaufenden Vorschlägen aus dem  
19 ehemaligen Hause Vorjohann eine deutliche Absage zu erteilen.

20 **II.**

21 Die SPD Dresden begrüßt, dass die neue Kenia-Koalition in Sachsen auf Betreiben von SPD  
22 und Grünen die Gemeinschaftsschule als zusätzliche Schulart einführen wird.<sup>i</sup> Wir haben nicht  
23 alle zusammen vor einem Jahr Unterschriften dafür gesammelt, dass die Gemeinschaftsschule  
24 ein Traum bleibt und deswegen setzen wir uns dafür ein, dass diese neue Schulart in Dresden  
25 schnell mit Leben gefüllt wird. Daher regen wir an, dass die Stadtverwaltung gemeinsam mit  
26 Schüler\*innen, Eltern, Lehrkräften und dem Stadtrat zügig nach Standorten für die Gründung  
27 von Gemeinschaftsschulen sucht. Dabei kommen insbesondere Neubauprojekte in Betracht. So  
28 sollte etwa das als neue Oberschule an der Freiburger Straße geplante Projekt Gegenstand der  
29 Prüfung für die nächste Schulnetzplanung sein, da dort perspektivisch eine  
30 Gemeinschaftsschule beste Voraussetzungen vorfinden würde.

---

## Beschluss A 01

---

### 1 Kommunalpolitische Leitlinien

2 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an die SPD-Stadtratsfraktion weiterleiten:*

3 Der Dresdner Stadtrat hat nach der Wahl am 26. Mai 2019 und durch die unklaren  
4 Mehrheitsverhältnisse eine lange Findungsphase gebraucht. Im Ergebnis gibt es keine feste  
5 Mehrheit im Stadtrat. Wir erwarten von allen demokratischen Fraktionen, dass sie sich nun an die  
6 Sacharbeit machen und die wichtigen Weichenstellungen für eine soziale, demokratische und  
7 lebenswerte Stadt vornehmen. Die SPD Dresden empfiehlt der Stadtratsfraktion, für die mit  
8 anderen Fraktionen vereinbarten Projekte Mehrheiten zu suchen. Die SPD wird sich darüber  
9 hinaus in den kommenden zwei Jahren vor allem für die folgenden Schwerpunktthemen einsetzen  
10 und beschließt diese als die kommunalpolitischen Leitlinien für ihre Arbeit.

#### 11 1. Funktionierende Wohnquartiere schaffen

12 Das städtische Wohnungsunternehmen „Wohnen in Dresden“ ist endlich in den Dresdner  
13 Wohnungsmarkt eingestiegen und wird in den nächsten Monaten und Jahren schrittweise wieder  
14 bezahlbare, kommunale Wohnungen auf den Markt bringen. Neben der Schaffung von  
15 bezahlbarem Wohnraum zur Entspannung des Mietmarkts geht es damit zukünftig auch  
16 strategisch um die Frage, wo und welche Wohnungen gebaut werden. Das Soziale darf nie ohne  
17 das Ökologische gedacht werden. Aus diesem Grund setzt sich die SPD-Dresden dafür ein alle  
18 entstehenden Neubauten hinsichtlich ihrer Energieeffizienz, ihres Schadstoff- und CO2-  
19 Ausstoßes und ihrer ökologischen Nachhaltigkeit hin möglichst effizient und ressourcenschonend  
20 zu Planen und Umzusetzen.

21 Die SPD Dresden setzt sich dabei für die Schaffung von durchmischten Wohnquartieren ein.  
22 Bezahlbare Wohnungen müssen vorrangig dort gebaut werden, wo die Mietpreisentwicklung  
23 bereits dazu führt, dass Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen kaum noch eine  
24 Wohnung finden. Außerdem wollen wir nicht, dass Stadtteile abgehängt oder stigmatisiert werden,  
25 weil es dort zu einer Ballung von mietpreisgebundenen Wohnungen kommt. Deswegen setzt sich  
26 die SPD Dresden dafür ein, dass die WID auch in den freifinanzierten Wohnungsbau einsteigt.  
27 Freifinanzierte Wohnungen sollen insbesondere in den Stadtteilen gebaut werden, in denen  
28 bereits viele mietpreisgebundene Wohnungen existieren. Zusätzlich sollte festgelegt werden,  
29 dass innerhalb von Bauprojekten der WID ab einer Größe von mehr als 50 Wohneinheiten ein Teil  
30 der Wohnungen freifinanziert errichtet und frei vermietet werden kann. Damit wird eine Mischung  
31 der Mieter\*innenstruktur innerhalb der Häuser der WID geschaffen.

32 Die SPD arbeitet dafür, dass die Mehrheit der Dresdner Stadtteile sozial durchmischt bleibt.  
33 Neben der WID setzen wir dabei auf das Engagement der Genossenschaften und werden die  
34 privaten Investoren durch die kooperative Baulandentwicklung für diese Ziele gewinnen.

35 Wir möchten an die soziale Städtebautradition in Dresden anknüpfen und mit Hilfe der WID einen  
36 neuen Modellstadtteil errichten, in dem die Facharbeiterin neben dem Hochschullehrer wohnen  
37 kann und Stadtgrün, Gemeinbedarfseinrichtungen und Nahversorgung von Anfang an mit geplant  
38 und gebaut werden.

#### 39 2. Gleichberechtigte Mobilität fördern

---

## **Beschluss A 01**

---

40 Die SPD Dresden will erreichen, dass mehr Menschen umweltfreundlich mobil sein können und  
41 steht für eine Gleichberechtigung aller Verkehrsarten. Um diese zu erreichen, muss der  
42 Umweltverbund, insbesondere aber der öffentliche Nahverkehr besonders gefördert werden.

43 Die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs und dessen Nutzung lässt sich vor allem mit einem  
44 dichten Haltestellennetz, sinnvollen Linienführungen und attraktiven Takten steigern. Zusätzliche  
45 finanzielle Ressourcen wollen wir daher für Investitionen in das Stadtbahnprojekt, in barrierefreie  
46 Haltestellen und mehr Planungskapazitäten in der Stadtverwaltung nutzen. Wichtige tarifliche  
47 Maßnahmen sind für uns die Sicherung des Sozialtickets und die Einführung eines Bildungstickets.  
48 Damit helfen wir zielgenau den Menschen, die finanzielle Unterstützung für ihre Mobilität  
49 benötigen. Darüber hinaus setzen wir uns für Stabilität der Ticketpreise ein.

50 Wir vertreten den Grundsatz, dass eine Stunde mit Bus und Bahn zu fahren deutlich preiswerter  
51 sein muss als eine Stunde zu parken. Dafür müssen die Parkgebühren in der Innenstadt  
52 mindestens das Doppelte des aktuellen Niveaus einer Stundenfahrt der DVB angehoben werden.  
53 Die Verkehrswende muss für alle machbar sein. Daher werden wir gemeinsam mit betroffenen  
54 Akteur\*innen innovative Lösungen insbesondere für mobilitätseingeschränkte Personen, soziale  
55 Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe entwickeln, die gegenwärtig noch auf ein Auto  
56 angewiesen sind.

### 57 3. Gute Arbeit in und bei der Landeshauptstadt Dresden

58 Für die SPD Dresden ist klar: Gute Arbeit sichert ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben  
59 und ist der beste Schutz vor Altersarmut. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die öffentliche  
60 Daseinsvorsorge in kommunaler Hand liegt. Wir lehnen die Privatisierung von öffentlichen  
61 Unternehmen ab und wollen die Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge  
62 vorantreiben. Dazu gehören für uns auch ausgelagerte Dienstleistungen wie das Wach- und  
63 Reinigungsgewerbe, die in städtischen Einrichtungen und Unternehmen zum Einsatz kommen.  
64 Denn städtische Beschäftigte haben mit dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes einen  
65 wichtigen Schutz und gute Arbeitsbedingungen. Unser Ziel bleibt, dass alle Unternehmen, an  
66 denen die Stadt Dresden beteiligt ist, auch tatsächlich der Tarifbindung unterliegen. Darüber  
67 hinaus werden wir dafür sorgen, dass sich auch die Landeshauptstadt Dresden am neuen  
68 Teilhabechancengesetz und den Förderprogrammen auf Landesebene (Sozialer Arbeitsmarkt  
69 und TANDEM) beteiligt und so Arbeitsplätze für Menschen anbietet, die lange Zeit arbeitslos  
70 waren, und diese aktiviert. Mit einem jährlichen, fünftägigen Bildungsurlaub, der Abschaffung  
71 sachgrundloser Befristungen und einem Personalentwicklungskonzept in der Stadtverwaltung  
72 wollen wir die Arbeitsbedingungen weiter verbessern, die Stadt Dresden zu einer attraktiven und  
73 konkurrenzfähigen Arbeitgeberin machen und langfristig unseren Fachkräftebedarf decken. Wir  
74 begrüßen, dass durch die neue sächsische Landesregierung ein sächsisches Vergabegesetz mit  
75 neuen sozialen und ökologischen Standards geschaffen wird. Wir sorgen dafür, dass diese auch  
76 bei den Ausschreibungen der Stadt Dresden zügig Anwendung finden.

### 77 4. Soziale Stadtteile für eine gute Nachbarschaft und gesellschaftlichen Zusammenhalt

78 Eine lebenswerte Stadt ist nur mit funktionierender Nachbarschaft und sozialen Stadtteilen zu  
79 erreichen. Deswegen wird die SPD Dresden verstärkt die Wohnquartiere in den Blick nehmen und  
80 mit dem Community Organizing einen neuen Ansatz der Nachbarschaftsarbeit in Dresden  
81 etablieren. Dafür werden wir die Einrichtung der Kultur- und Nachbarschaftszentren vorantreiben

---

## Beschluss A 01

---

82 und eine/einen Stadtteilmanager\*innen in jedem Stadtbezirk schaffen, in dem es eine solche  
83 Stelle noch nicht gibt. Damit schaffen wir Räume und Unterstützung für Menschen, um sich und  
84 ihre Nachbarschaft selbst zu organisieren und das eigene Wohnumfeld lebenswerter zu gestalten.

85 Darüber hinaus nehmen wir mit einer engmaschigen Sozialplanung gezielt die  
86 Unterstützungsbedarfe in den einzelnen Stadtteilen in Angriff. Ziel ist es, in allen Stadtteilen die  
87 sozialen Hilfsangebote zu haben, welche vor Ort gebraucht werden. Damit wollen wir wegkommen  
88 von einer reinen stadtweiten Betrachtung nach Zielgruppen, sondern da helfen, wo die meisten  
89 Probleme gelöst werden, - vor Ort. Das sorgt für kurze Wege für die Betroffenen, eine vernetzte  
90 Unterstützung bei multiplen Problemlagen und für Synergieeffekte in der sozialen Arbeit unserer  
91 Stadt.

92 5. Bildung ist der Schlüssel für die Lebens- und Teilhabechancen, für Freiheit und  
93 Zusammenhalt

94 Aus den Wurzeln der Sozialdemokratie in Arbeiterbildungsvereinen, schreibt August Bebel in die  
95 DNA der Partei eine Überzeugung: Bildung ist der Schlüssel für Jede und Jeden, für gerechte  
96 Lebens- und Teilhabechancen, für die Freiheit, in der wir leben und für den Zusammenhalt unserer  
97 demokratischen Gesellschaft. Dies leitet auch unsere bildungspolitische Arbeit in der  
98 Landeshauptstadt Dresden. Für gute Arbeit und die notwendigen Fachkräfte in unserer  
99 Volkswirtschaft bedarf es einer exzellenten Bildung für alle. Als Kommune sind wir nicht allein für  
100 die Hülle von Schulen, für den Bau und die Unterhaltung von Schulgebäuden zuständig. Hier  
101 direkt vor Ort beginnt der alltägliche Kampf um Gerechtigkeit, Teilhabe und Demokratie, der in  
102 gleichen Bildungschancen für alle ihre Grundlagen hat.

103 Deshalb beginnen wir bei der frühkindlichen Bildung, indem wir in den Dresdner Kitas die  
104 Voraussetzungen schaffen, damit jedes Kind die Förderung erhält, die es braucht. So bunt, wie  
105 unsere Gesellschaft sollen auch unsere Kita-Gruppen sein. Dafür müssen wir unsere engagierten  
106 Fachkräfte in den Einrichtungen in die Lage versetzen, auf individuelle Bedürfnisse jedes  
107 einzelnen Kindes einzugehen. Dazu braucht es Weiterbildung und Zeit. Solange wir mit dem  
108 Landesbetreuungsschlüssel nicht zufrieden sein können, sind wir als Kommune in der Pflicht  
109 Wege zu finden, die Freiräume für die Fachkräfte und Angebote für die Kinder schaffen. So wollen  
110 wir beispielsweise den Einsatz von Musikpädagog\*innen der städtischen Musikschule in Kitas  
111 verstetigen und ausbauen und endlich ein konkretes Projekt initiieren, damit vorschulischer  
112 Schwimmunterricht wieder möglich wird.

113 In den Schulen sind wir als Trägerin dafür verantwortlich, dass Lehrerinnen und Lehrer von breiten  
114 pädagogischen Teams unterstützt werden, von Sozialpädagog\*innen, Psycholog\*innen,  
115 Erzieher\*innen und vielen mehr. Wir dürfen die kommunalen Schulen nicht allein lassen mit der  
116 Forderung nach Inklusion. Wir fordern ein, dass der Geschäftsbereich Bildung endlich den  
117 Prozess zu den gesetzlich vorgeschriebenen Kooperationsverbänden gestaltet. Und nach dem  
118 Beschluss zum längeren gemeinsamen Lernen im Landtag, der hoffentlich noch 2020 erfolgt,  
119 muss die Stadt Dresden sich unmittelbar auf den Weg machen. Stadtverwaltung und Rat müssen  
120 aktiv Schulstandorte identifizieren, die zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickelt werden können  
121 - gemeinsam mit Kollegien, Schüler\*innen und Eltern an Bestandsschulen und auch in geplanten  
122 neuen Schulstandorten.

## **Beschluss A 01**

---

123 Auch die außerschulischen Bildungsorte müssen wir in die Lage versetzen, alle Menschen zu  
124 erreichen und auch Orte politischer Demokratiebildung zu sein. Dazu gehören unsere städtischen  
125 Museen und Bibliotheken, das Heinrich-Schütz-Konservatorium, das durch eine Initiative der SPD  
126 im Stadtrat nun wieder städtische Musikschule ist, und viele weitere Bildungsorte. Dazu gehört  
127 insbesondere die Volkshochschule, die ebenfalls kommunalisiert werden sollte. Auch  
128 außerschulische Bildung und politische Demokratiebildung muss die Menschen unabhängig vom  
129 Geldbeutel, vom Bildungsniveau, von Handicap oder Sprache erreichen. Dafür müssen sie  
130 finanziell und personell besser ausgestattet, strukturell besser vernetzt und unterstützt und  
131 Barrieren abgebaut werden.

132 6. Wir investieren in die Zukunft und den Zusammenhalt

133 Noch in diesem Jahr wird ein neuer Doppelhaushalt für die Jahre 2021/22 verhandelt und  
134 beschlossen. Dabei gilt es, auch finanziell auf die Herausforderungen in Dresden zu reagieren  
135 und die Weichen richtig zu stellen. Elementare Bestandteile dieser Planung sind für die SPD  
136 Dresden Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge und die Schaffung von guten  
137 Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung für städtische Beschäftigte und solche, die im Auftrag  
138 der Stadt arbeiten. Wir werden die Investitionen in Bildungseinrichtungen auf dem gegenwärtigen  
139 Niveau von mehr als 100 Millionen Euro pro Jahr fortschreiben. Die Investitionen in den  
140 kommunalen Wohnungsbau werden wir auf 25 Millionen Euro pro Jahr steigern, vor allem um  
141 damit Grund und Boden zu erwerben, der für den Wohnungsbau durch die WID genutzt werden  
142 kann. Wir wollen die städtische Unterstützung für die Verkehrsbetriebe von aktuell 40 Millionen  
143 Euro auf 50 Millionen Euro pro Jahr anheben. Damit sollen die Investitionen in den Netzausbau –  
144 von der neuen Stadtbahnlinie bis zu Quartiersbussen – und die Stabilität der Fahrpreise  
145 ermöglicht werden. Die Sanierung des städtischen Klinikums werden wir finanziell absichern, um  
146 die gute Aufenthaltsqualität für Patient\*innen und gute Arbeitsbedingungen für Mitarbeiter\*innen  
147 zu erhalten. Die Förderung freier Träger im Dienst der Landeshauptstadt werden wir so aufstellen,  
148 dass die Mitarbeiter\*innen nach Tarif bezahlt und Tariferhöhungen sowie Stufenaufstiege  
149 nachvollzogen werden können. Wir wollen Ämter mit hoher Arbeitsbelastung und langen  
150 Bearbeitungszeiten durch zusätzliches Personal entlasten und so die Arbeit der Stadtverwaltung  
151 beschleunigen. Prioritär sind dabei für uns die deutliche und nachhaltige Senkung der  
152 Bearbeitungszeiten von Anträgen auf soziale Leistungen, insbesondere des Elterngelds, sowie  
153 die Arbeit an Bebauungsplänen für den Wohnungsbau und der Ausbau des öffentlichen  
154 Nahverkehrs.

---

## Beschluss A 02

---

### 1 **Mobilität im Wandel**

2 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Landesparteitag (+ Landtagsfraktion)*  
3 *und Bundesparteitag (+ Bundestagsfraktion) weiterleiten:*

4 Unsere Mobilität wächst und sie steht vor Herausforderungen – allerdings sind diese lösbar!  
5 Folgende politische Ziele sollen gemeinsamer Bestandteil einer nationalen Mobilitätsstrategie  
6 werden:

- 7 • Die SPD setzt sich für eine nachhaltige und umweltverträgliche Mobilität in Stadt und Land  
8 ein. Alle treibhauswirksamen Emissionen werden bis 2050 um 95% im Vergleich zu 1990  
9 reduziert. Entsprechend müssen alle Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur mit den  
10 Klimaschutzzielen vereinbar sein und klimaschädliche Subventionen abgebaut werden.
- 11 • Mobilität ist ein Grundrecht und muss für alle Bürger\*innen verfügbar – in der Stadt wie  
12 auf dem Land – und für alle Bürger\*innen bezahlbar sein. Jedoch müssen  
13 verursachergerechte Abgaben für Schadstoffaustoß erhoben werden.
- 14 • Alle Reformen wahren faire Arbeitsbedingungen und werden nicht auf dem Rücken der  
15 Arbeitnehmer ausgetragen.
- 16 • Der Ausbau von gemeinsam genutzten Verkehrsmitteln und multimodalen  
17 Verkehrskonzepten wird den Rückbau des motorisierten Individualverkehrs kompensieren.  
18 Dies bedeutet einen Zugewinn an Lebensqualität für die Menschen, indem Emissionen,  
19 Unfälle und Stress reduziert werden.
- 20 • Wir schaffen einen gesellschaftlichen, technologischen und rechtlichen Rahmen für  
21 autonome Fahrzeuge und sichern gleichzeitig die anonyme, freie und unabhängige  
22 Fortbewegung in der digitalisierten Welt.

23 Mobilität verbindet das Land mit der Stadt, Städte untereinander und verwischt die Grenzen  
24 zwischen Nationalstaaten. Mobilität ist ein menschliches Bedürfnis, das schon immer wichtig war  
25 und unsere Gesellschaft verbindet – wir haben Freundschaften und soziale Kontakte in der  
26 ganzen Welt, arbeiten heute von hier und morgen von dort, dazu kommt ein Kurzerholungsurlaub  
27 im Nachbarland. Zudem gilt: Mobilität ist Grundrecht. Arbeit, Schule, Uni, aber auch Supermärkte  
28 oder ein Kino muss physisch erreichbar sein. Für Teilhabe an der Gesellschaft ist Mobilität ein  
29 Muss. Wir müssen also nachhaltige soziale Strategien finden, die allen diese Teilhabe ermöglicht.

30 Unsere Gesellschaft wird immer mobiler. Jedoch darf Mobilität nicht zu Lasten der Umwelt und  
31 der Lebensqualität erfolgen. Mit dem Klimaabkommen von Paris und dem Klimaschutzplan 2050  
32 verpflichteten wir uns zur Treibhausgasneutralität. Doch gerade unser Verkehrssektor hinkt  
33 diesen Versprechen hinterher – die Emissionen auf unseren Straßen haben sich seit 1990 nicht  
34 verringert, sondern sind angestiegen. Dies liegt auch an der Bedeutung von fossilen Brennstoffen  
35 im Energiemix des Verkehrswesens; klimaschädliche Kraftstoffe werden aber keinen Platz in einer  
36 zukunftsfähigen Mobilitätsstrategie finden können.

37 Die Bedeutung des PKW wird sich damit verändern müssen: Viele Menschen überdenken die  
38 Rolle des eigenen Autos als Statussymbol bereits. Daneben wächst die Bereitschaft der  
39 Bevölkerung auf das eigene Auto zu verzichten und stattdessen Angebote des öffentlichen  
40 Personenverkehrs zu nutzen, stetig. Jedoch müssen dafür die Rahmenbedingungen stimmen:  
41 Pünktlichkeit, Geschwindigkeit, Bequemlichkeit und angemessene Preise sind Schlüsselfaktoren  
42 der postfossilen Mobilität.

---



---

## Beschluss A 02

---

43 Neben wachsendem Verkehrsaufkommen ändern sich unser Mobilitätsverhalten und unsere  
44 Mobilitätsgewohnheiten. Künftig werden wir nicht mehr mit dem einen Verkehrsmittel – dem Auto  
45 – von Start bis Zielort fahren, sondern multimodal mit mehreren Verkehrsmitteln die Reisestrecke  
46 überwinden: Mit dem Leihfahrrad zur Haltestelle, von dort weiter auf der Schiene und letztlich mit  
47 einem Elektroroller zum Ziel.

### 48 Emissionsarme Mobilität – Jetzt!

49 Unsere Mobilität muss sehr viel emissionsärmer werden – sofort! Verkehrsemission machen ein  
50 Fünftel der weltweit produzierten Treibhausgase aus. Es ist eine Aufgabe aller Generationen, den  
51 menschengemachten Klimawandel gemeinsam zu bekämpfen und abzuwenden. Wenn wir jetzt  
52 nicht aktiv werden, werden wir in der Zukunft keine Möglichkeit mehr haben, die Reformen  
53 nachzuholen, die in den letzten Jahrzehnten nicht energisch genug vorangetrieben und  
54 durchgesetzt wurden. Die Zeit der Bequemlichkeit und der Mobilitätswende ohne Härten ist  
55 abgelaufen. Es muss weniger Auto gefahren werden, stattdessen können Pendler\*innen im Zug  
56 schlafen, Radfahren wird sicherer und verknüpfte Verkehrsplanung wird einfacher zugänglich.

57 Dabei müssen sich unsere Prioritäten ändern: Verkehr muss in erster Linie sehr viel  
58 emissionsärmer und mit möglichst kleiner Umweltwirkung erdacht werden. Danach wird es unsere  
59 Aufgabe sein die Vielschichtigkeit des Themas in einer zukunftsfähigen Mobilitätsstrategie zu  
60 verankern. Emissionsfreie Mobilität? Das bedeutet weder das Ende des motorisierten  
61 Individualverkehrs noch eine dauerhafte Einschränkung unseres Reiseverhaltens.  
62 Nichtsdestotrotz wird es dabei kurzfristig spürbare Veränderungen und Einschnitte in unseren  
63 gewohnten Fortbewegungsmustern geben.

64 Es sieht danach aus, als ob der fossile Verbrennungsmotor bald der Vergangenheit angehören  
65 wird – Länder wie Norwegen und Schweden haben schon heute den zeitnahen Ausstieg aus dem  
66 Verbrennungsmotor beschlossen. Dank Neuzulassungsquoten von bis zu 50% tragen die  
67 skandinavischen Länder ihren Teil dazu bei, dass weltweit bereits täglich Millionen Elektroautos  
68 unterwegs sind. Doch auch hier zeigt sich die Vielschichtigkeit der zukünftigen Mobilität: Damit  
69 Elektromobilität ihren Zweck nicht verfehlt, muss bei der Förderung der notwendigen Rohstoffe  
70 (z.B. Lithium) sowie der Bereitstellung der erforderlichen Menge an regenerativer Energie (Sonne,  
71 Wind und Wasserkraft) und bei der Umsetzung der Verkehrswende zwingend auf eine soziale und  
72 umweltfreundliche Ausgestaltung geachtet werden. Energiespeicherung in Akkumulatoren hat  
73 dabei Vorrang gegenüber der wasserstoffbetriebenen Brennstoffzelle. Klimaneutrale  
74 Flüssigkraftstoffe, die bspw. über Power-to-Liquid-Verfahren gewonnen werden, erscheinen  
75 insbesondere im Luft- und Schiffsverkehr, aber auch im Langstrecken- und Schwerlastverkehr  
76 eine sinnvolle Ergänzung auf dem Weg zur Emissionsvermeidung. Da hier jedoch noch kaum  
77 serienreife Produkte vorliegen, muss zunächst stärker in Forschung und Entwicklung investiert  
78 werden.

79 Die anstehende Mobilitätsreform kann nur schwer kostenneutral vollzogen werden und nur durch  
80 Integration auf europäischer und globaler Ebene gelingen. Als reiche Industrienationen und  
81 europäische Wertegemeinschaft müssen wir nicht nur im internationalen Klimawettbewerb  
82 voranschreiten und das Zeitalter der postfossilen Mobilität ausrufen, sondern ebenfalls dafür  
83 Sorge tragen, dass ein\*e Jede\*r teilhaben kann. Die Kosten des Wandels dürfen nicht auf den  
84 Ärmsten lasten, sondern müssen sozial gerecht auf den starken Schultern unserer Gesellschaft  
85 aufgeteilt werden. Die Bedürfnisse von Stadt und Land müssen gleichermaßen berücksichtigt

---

---

## Beschluss A 02

---

86 werden und auch das Mobilitätsverhalten verschiedener Bevölkerungsgruppen muss in unserer  
87 zukünftigen Mobilitätsstrategie Platz finden.

88 Unter Berücksichtigung all dieser Aspekte ist unser umweltpolitisches Ziel klar: Sehr viel  
89 geringerer Ausstoß von Emissionen. Das bedeutet keine Treibhausgase, kein Feinstaub und  
90 geringe Lärmbelästigung. Bei Emissionen kann nur das Verursacher\*innenprinzip gelten – wer  
91 Umwelt und Gesellschaft Schaden zufügt, der muss auch dafür zahlen:

- 92 1. Entweder pauschalisiert über Abgaben gemäß des Äquivalenzprinzips auf den jeweiligen  
93 Energieträgen
- 94 2. Individualisiert auf Basis des Verursacher\*innenprinzips über eine entsprechende  
95 Reinigungsabgabe abgegolten, die fortlaufend zu einem Stichtag erhoben werden.

96 Beide Prinzipien lassen sich auf alle Verkehrsträger – zu Luft, zu Wasser, auf der Straße oder auf  
97 der Schiene übertragen. Die zweite, individualisierte Variante erlaubt zusätzlich die selbstständige  
98 Emissionsreinigung. Die Folge ist bei beiden Regelungen klar: Wer mehr Emissionen produziert,  
99 wird höhere Abgaben zahlen müssen. Es wird somit lohnenswerter gemeinschaftlich und sauber  
100 unterwegs zu sein.

### 101 **Bodenversiegelung durch Verkehrsflächen**

102 Bundesweit sind in Deutschland je nach Quelle ca. 3-5% der Gesamtfläche durch Verkehrswege  
103 (Straßen, Schienen, Start- und Landebahnen und Wasserwege) vollständig versiegelt. Seit der  
104 Wende sind täglich im Schnitt 20 Hektar zusätzliches Land durch solche Verkehrswege  
105 „(v)erschlossen“ worden.

106 Um die Flächennutzung durch Verkehr bei wachsender Mobilität zu optimieren, muss auf  
107 möglichst effiziente Verkehrsträger gesetzt werden. Effizient bedeutet in diesem Fall ein hoher  
108 Personendurchsatz je Strecke auf möglichst wenig Fläche. Besonders effizient ist hier die Schiene  
109 bzw. der öffentliche Nahverkehr – selbst bei geringer Auslastung wird nur ca. ein Drittel der Fläche  
110 bei gleichem Personendurchsatz in Anspruch genommen. Dies gilt sowohl für Nah- und  
111 Fernverkehr.

### 112 **Falsche Anreize und Subventionen abbauen!**

113 Laut Umweltbundesamt entfielen in Deutschland im Jahr 2016 von den 57 Mrd. Euro  
114 umweltschädlichen Subventionen über die Hälfte auf Verkehrssubventionen.

115 Dabei machen Subventionen für Auto- und Flugverkehr mit jeweils ungefähr 12 Mrd. Euro einen  
116 Löwenanteil dieser Bevorzugung aus. Wir fordern insbesondere die Abschaffung bzw. sozial  
117 gerechte Reform der folgenden Subventionen:

- 118 • 7,4 Mrd. Euro für Steuervergünstigungen für Dieselkraftstoff – Zurzeit werden 21,9 ct je  
119 Liter Diesel (inkl. Kraftstoff & Mehrwertsteuer) Rabatt gegenüber Benzin gewährt und auch  
120 andere, weniger umwelt- gesundheitschädliche Technologie, im Wettbewerb  
121 benachteiligt

---

## Beschluss A 02

---

- 122       • 5,1 Mrd. Euro für Entfernungs- bzw. Pendler\*innenpauschale – Statt Anreize zu setzen, in  
123       der Nähe der Arbeitsstätte zu wohnen oder umweltschonend zu pendeln, profitieren vor  
124       allem Gutverdiener\*innen und PKW-Nutzer\*innen von der steuerlichen Bevorzugung  
125       • 7,1 Mrd. Euro für die vollständige Energiesteuerbefreiung von Kerosin (davon 0,5 Mrd.  
126       Euro für Flüge im nationalen & 6,6 Mrd. Euro im internationalen Raum) – trotz international  
127       ungleicher Besteuerung und Regulierung, muss zumindest eine europäische Antwort  
128       gegen unfairen Wettbewerb zwischen den Verkehrsträgern gegeben werden  
129       • 5,8 Mrd. Euro für die vollständige Mehrwertsteuerbefreiung internationaler Flüge – die  
130       Lage gestaltet sich hier ähnlich wie bei der fehlenden Kerosinsteuer: es braucht dringend  
131       eine globale, zumindest aber eine europäische Lösung mit gerechter Besteuerung.

132       Hinzu kommt die direkte und indirekte Förderung des Baus und Betriebs von kleinen, meist  
133       unprofitablen internationalen Flughäfen und Regionalflughäfen. Stattdessen sollten die Länder  
134       und Kommunen dabei unterstützt werden, eine starke schienengebundene Anbindung an die  
135       großen Flugdrehkreuze zu erhalten.

136       Die Notwendigkeit von Flügen mit Distanzen unter 500 km muss überdacht werden. Neben der  
137       Option eines strikten Verbots und den damit verbundenen Ausweichreaktionen (Flugreise über  
138       das Ausland & Umwege), muss sich der Klimaschaden von Flugreisen konsequent in  
139       Ticketpreisen widerspiegeln – denn die Kosten von Flugreisen spiegeln nicht den ökologischen  
140       und gesellschaftlichen Schaden wider, den sie verursachen.

141       Wir müssen uns dafür einsetzen, dass alle umweltschädlichen Subventionen abgeschafft oder  
142       reformiert werden: Klimaschädlichen Kraftstoffen und Fortbewegungsmitteln darf kein staatlich  
143       geförderter Vorteil zu Ungunsten der Ökologie gewährt werden!

### 144       **Europaweites Schienennetz und die Rolle der Deutschen Bahn**

145       Um von Prag nach Barcelona zu reisen, wird heute je nach verwendetem Verkehrsmittel eine  
146       unterschiedliche Reisedauer benötigt. Mit dem Zug werden 21-25 Stunden benötigt, mit dem Auto  
147       16-17 Stunden und mit dem Flugzeug inkl. Sicherheitskontrolle & Gepäckabholung sowie An- &  
148       Abreise zum Flughafen 5-7 Stunden. Genau konträr verhält es sich mit den Emissionen: Das  
149       Flugzeug ist mit Abstand am umweltschädlichsten, während mit dem Zug zumindest theoretisch  
150       Emissionsfreiheit möglich ist.

151       Es wird deutlich, dass bei der europäischen Mobilität der Ausbau auf der Schiene bislang  
152       verschlafen wurde. Ist der Zugverkehr im innerdeutschen Raum im Punkt Gesamtreisezeit in der  
153       Regel gegenüber dem Flugzeug konkurrenzfähig – durch bessere Lage, höhere Taktung und ein  
154       dichtes Netz – wäre auch im innereuropäischen Verkehr eine Reisezeit für die Strecke Barcelona-  
155       Prag von 8-10h realistisch.

156       Diese Perspektive wird jedoch durch zahlreiche Aspekte untergraben:

- 157       • Förderprogramme der EU, die den effizienten Streckenausbau durch Tempolimits von 160  
158       km/h hemmen,  
159       • konkurrierende Eisenbahnunternehmen, deren Fahrpläne nicht aufeinander getaktet sind  
160       und

---

## Beschluss A 02

---

- 161       • lange Genehmigungsverfahren, fehlende Entscheidungen, und lange Ausführungsdauer  
162       und  
163       • ein allgemeiner Investitionsstau bei der Schieneninfrastruktur.

164       Hinzu kommt eine Schieneninfrastruktur, die insb. an den innereuropäischen Grenzübergängen,  
165       aber auch innerhalb Deutschlands unzureichend in Stand gehalten ist. Deswegen müssen  
166       Förderprogramme der EU und bilaterale Kooperationsverträge den Auf- & Ausbau des  
167       innereuropäischen Höchstgeschwindigkeitsnetzes mit höheren Maximal- &  
168       Durchschnittsgeschwindigkeiten stärker in den Fokus nehmen. Daneben ist die Nutzbarkeit der  
169       Grenzübergänge unter aktuellen betrieblichen Gesichtspunkten herzustellen bzw. flexibler zu  
170       gestalten. Dabei müssen Baumaßnahmen im Sinne von national und international vertakteten  
171       Verkehren, wie beispielsweise dem „Deutschlandtakt“, erfolgen.

172       Im Zuge dessen sind erhebliche Investitionen ins europaweite Schienennetz zu tätigen, obwohl  
173       sich diese erst nach Jahrzehnten auszahlen werden. Im deutschen Netz sind noch heute  
174       hauptsächlich Brücken aktiv, die vor über 100 Jahren gebaut wurden. Investitionen ins  
175       Schienennetz sind langfristige Investitionen für den Klimaschutz und damit für die Zukunft.

176       Gleiches gilt für den Nachtverkehr auf der Schiene. Als wichtige zusätzliche Komponente der  
177       Personenbeförderung und der effizienten Streckenausnutzung, muss dieser insbesondere auf  
178       Langstrecken als Alternative zum Flugverkehr auf europäischer Ebene ausgebaut bzw. entwickelt  
179       werden.

180       Ein Schienennetz ist ein natürliches Monopol. Auf einem mitgliedersstaatlich bzw. europäisch-  
181       gemeinschaftlich zur Verfügung gestellten Schienennetz können unterschiedliche Anbieter in  
182       Personen- und Güterverkehr verschiedene Strecken anbieten und entsprechend der  
183       Nutzungsintensität Gebühren zum Strukturerehalt zahlen. Gleichzeitig muss die Kooperation  
184       europäischen Eisenbahngesellschaften tiefer gehen und über die Bündelung einiger  
185       Kompetenzen unter einem Dach nachgedacht werden. Außerdem könnten so Hürden beim  
186       grenzüberschreitenden Verkehr abgebaut und das Konzept der EuroCity-Linien ausgebaut  
187       werden.

188       Für Deutschland muss es mittelfristiges Ziel sein, dass das Schienennetz (ca. ein Zehntel)  
189       ausreichend Kapazität aufgebaut hat, um die Straße (ca. die Hälfte) als führenden Verkehrsträger  
190       im Güterverkehr abzulösen. Besonders absurd erscheint vor dem Hintergrund, dass das deutsche  
191       Staatsunternehmen „Die Deutsche Bahn“ 2/3 ihres Gütertransports über die Straße abwickelt.

192       Im Personenfernverkehr muss das mittelfristige Ziel sein, dass Großstädte zu ihren  
193       Nachbarstädten min. im Stundentakt angebinden werden. Der gleiche Takt gilt für die Anbindung  
194       der Mittelzentren an ihre jeweiligen Oberzentren und Unterzentren an ihre jeweiligen Mittelzentren.  
195       Eine enge Taktung und kurze Reisezeiten bringen Regionen dichter zusammen. Wichtig für die  
196       Fahrpläne der Eisenbahnunternehmen ist an dieser Stelle auch die Taktung von Fernverkehr auf  
197       Regional- & Nahverkehr sowie schienenungebundenen ÖPNV.

198       Die Schiene als umweltfreundlichster Verkehrsträger ist gegenüber dem motorisierten  
199       Individualverkehr besonders subventionswürdig. Die Länder der europäischen Union sollten  
200       dementsprechend dem Beispiel von Dänemark, Irland & Großbritannien folgen und die  
201       Mehrwertsteuer für schienenungebundenen Verkehr abschaffen.

---

---

## Beschluss A 02

---

### 202 **Fernbusse als Alternative zur Schiene?**

203 Der schwarz-gelben Bundesregierung haben wir eine Liberalisierung des Fernbusmarktes seit  
204 2013 zu verdanken. Mit Versprechen eines grünen und günstigen Fernverkehrs wurde somit ein  
205 groß angelegter Angriff auf die Deutsche Bahn gestartet. Allerdings wurde schnell klar, dass das  
206 Geschäftsmodell vor allem aus Lohndumping bestand und die angenommene Auslastung bei  
207 weitem nicht erreicht wurde. Der Preiskampf der Fernbusunternehmen untereinander und gegen  
208 die Deutsche Bahn wird zusätzlich durch eine gebühren- und mautfreie Nutzung von Straßen  
209 gefördert – die Nutzung der Schiene ist durch sogenannte Trassenpreise jedoch nicht kostenlos.  
210 Aus der anfänglichen Konkurrenz- und Goldgräber\*innen-Stimmung auf dem Fernbusmarkt  
211 haben sich inzwischen mono- bzw. oligopole Strukturen entwickelt, die vor allem auf den rentablen  
212 Strecken zwischen Großstädten die positiven Skalen- und Netzwerkeffekte der Deutschen Bahn  
213 mindern. Hinzu kommt, dass die Umweltbilanz der Fernbusse zu keinem Zeitpunkt mit dem  
214 Schienenverkehr mithalten konnte. Allerdings ergaben sich durch Fernbusse vor allem für  
215 Menschen mit geringen Einkommen neue und günstige Reisemöglichkeiten, die durch die Bahn  
216 aufgrund ihrer Preis- und Angebotspolitik nicht mehr bereitgestellt wurden.

217 Daher muss auch diese umweltschädliche Bevorzugung der Fernbusse durch eine vergleichbare  
218 Straßennutzungsgebühr und einen Mindestlohn für Busfahrer abgebaut werden.

### 219 **Einerseits Verkehrskollaps in der Großstadt...**

220 Unsere Mobilität steht nicht nur bei der Produktion von Treibhausgasen vor Herausforderungen.  
221 Europaweit wächst die Stadtbevölkerung während die Landbevölkerung schrumpft. Die Folge sind  
222 immer größere Städte mit immer größeren Verkehrsaufkommen. Auf der einen Seite ist die  
223 innerstädtische Fortbewegung ein Stück der lokalen Lebensqualität. Auf der anderen Seite sind  
224 Abgase, Lärm und Gefahren durch den Verkehr eine Einschränkung ebendieser. In Städten wird  
225 gerade der private PKW zum zunehmenden Problem und führt bereits heute in einigen  
226 Großstädten zum Verkehrskollaps – Stau, Unfälle und niedrige Reisegeschwindigkeit sind die  
227 Folge.

228 Die Zukunft der innerstädtischen Mobilität kann nicht die dritte & vierte Autospur auf den  
229 Hauptverkehrsmagistralen sein. Stattdessen werden multimodale Konzepte, die verschiedene  
230 Verkehrsträger miteinander verbinden, in den Vordergrund treten. In diesen Konzepten werden  
231 Fußgänger\*innen, Fahrräder, Kleinstelektrofahrzeuge und die Elemente des öffentlichen  
232 Personennahverkehrs deutlich in den Vordergrund treten, sodass die Überwindung einer Strecke  
233 nicht mehr nur mit einem Verkehrsmittel bewältigt wird. Hinzu kommt eine neue Konzeption der  
234 Besitzverhältnisse. Die Rolle des eigenen Autos als Statussymbol scheint sich zu wandeln und  
235 die gemeinschaftliche Nutzung von PKW in Form von Sharing-Konzepten entwickelt sich  
236 zumindest in den Zentren unserer Großstädte zur attraktiven Alternative.

237 Eine Umstellung des städtischen Verkehrswesens besteht jedoch nicht nur aus dem Ausbau und  
238 der Ermöglichung multimodaler Konzepte, sondern auch in der Einschränkung des motorisierten  
239 Individualverkehrs – ein wichtiger Schritt hin zur Steigerung der Attraktivität des Stadtlebens und  
240 Erhöhung der städtischen Verkehrssicherheit.

241 Multimodale Sharing-Konzepte benötigen Platz in der Stadt. Sharing-Konzepte benötigen  
242 öffentlich zugängliche Stellflächen, an denen intermodale Mobilitätspunkte für den Umstieg

---

## Beschluss A 02

---

243 zwischen den unterschiedlichen Verkehrsmitteln entstehen können – begleitet von einer  
244 moderaten Politik gegenüber „wild“ geparkten Leihfahrrädern oder Leihrollern. Dafür können  
245 insbesondere bisherige PKW-Parkplatzflächen umgewidmet und aufgewertet werden. Im  
246 Weiteren benötigen die neuen Verkehrsmittel Platz im alten Straßenverkehr: beidseitig  
247 befahrbare Radwege, reine Fahrradschnellwege, Busspuren, Straßenbahngleise. Zur Umsetzung  
248 dieser Konzepte muss allerdings Platz geschaffen werden – die Dominanz des PKW muss dafür  
249 aber weichen.

250 Gerade um größere Bauprojekte wie eine neue Straßenbahn, S-Bahn oder U-Bahn-Linie in der  
251 Stadt umzusetzen, gehen schnell Jahrzehnte ins Land. Hier müssen vereinfachte Zulassungs-  
252 und Planungsverfahren erlaubt werden, um eine schnelle Verkehrswende überhaupt erst möglich  
253 zu machen.

254 Auch die eingesetzten Fahrzeugtypen müssen sich im multimodalen Konzept verändern: Durch  
255 die zunehmende Präsenz von Fahrrädern & elektrischen Kleinstfahrzeugen benötigen diese  
256 selbstverständlich ausreichende Transportflächen im öffentlichen Nahverkehr.

257 Große Straßen für den Durchgangsverkehr dürfen nicht mehr durch die Stadt führen – entgegen  
258 dem häufigen Irrtum profitieren Städte durch durchfahrenden Autoverkehr weder im Bereich des  
259 Tourismus noch im Bereich des Einzelhandels. Stattdessen bleiben Abgase, Lärm und eine  
260 sinkende Lebensqualität.

261 Zurzeit ist das Auto mit durchschnittlich 27 km/h im Stadtverkehr noch das schnellste  
262 Verkehrsmittel und ÖPNV & Radverkehr sind mit im Schnitt 18-20 km/h spürbar langsamer bzw.  
263 weniger attraktiv. Autofahrten im Wohngebiet machen in der Regel allerdings nur einen Bruchteil  
264 der Reisestrecke aus. Eine konsequente Reduzierung der Maximalgeschwindigkeit auf 20 km/h  
265 in Wohngebieten verlängert die Reisezeit also nur unwesentlich, gleichzeitig steigt die Sicherheit  
266 und der Kraftstoffverbrauch sinkt. Außerdem wird so verhindert, dass moderne  
267 Navigationssysteme den Verkehr auf vermeintlich schnellere Routen durch Wohngebiete führen.

268 Je weniger Parkplätze in der Innenstadt vorhanden sind, umso mehr Menschen werden auf  
269 andere Verkehrsmittel umsteigen, um in das Stadtinnere zu gelangen. Mit einer effizienten  
270 Parkraumbewirtschaftung, Umwidmung von Stellflächen für Sharing-Konzepte, dem gezielten  
271 Rückbau von Stellplätzen und geschickten Anreizmechanismen für Bus und Bahn kann der  
272 Autoverkehr effektiv verringert werden und gleichzeitig eine Einnahmequelle für die Stadt  
273 geschaffen werden. In der Übergangszeit – bis zur Abkehr vom personengesteuerten  
274 motorisierten Individualverkehr – sind vom ÖPNV gut erschlossene Park-&-Ride-Parkplätze zu  
275 erhalten bzw. zu schaffen. Dies führt dazu, dass wir auch denjenigen, die weiterhin auf das Auto  
276 angewiesen sind, bspw. Menschen aus dem ländlichen Raum, weiterhin Mobilität garantieren.  
277 Eine lebenswerte Stadt der Zukunft hält den motorisierten Individualverkehr soweit wie möglich  
278 aus der Stadt heraus, bei sinnvollen Ausnahmen für Liefer- & Anwohner\*innenverkehr sowie  
279 Einsatzfahrzeugen.

### 280 ... und andererseits fehlende Fortbewegungsmöglichkeiten auf dem Land?

281 Während die Großstädte mit dem Verkehrskollaps kämpfen, ist im ländlichen Raum das Auto  
282 häufig das einzige adäquate Fortbewegungsmittel. Wenn überhaupt ein Bus durchs Dorf fährt, ist

---

## Beschluss A 02

---

283 dies entweder der Schulbus oder die einzige Verbindung des Tages. Besonders tragisch für jene,  
284 die kein Auto oder Führerschein haben.

285 Dies ist die Folge einer von der Autoindustrie getriebenen Politik der letzten Jahrzehnte: Bahnhöfe  
286 und ganze Schienenstreckenabschnitte wurden zurückgebaut und müssen jetzt mühsam  
287 wiederaufgebaut werden.

288 Nichtsdestotrotz greifen hier zunächst ähnliche Maßnahmen wie in der Stadt:

- 289 • Ausbau der Radwege entlang der Landstraßen,
- 290 • Reduzierung der Höchstgeschwindigkeiten außerorts auf 70km/h,
- 291 • Umsetzung eines Tempolimits auf Autobahnen bei 130 km/h,
- 292 • die Verdichtung des Nahverkehr-Taktes mit Kleinbussen oder Linientaxis,
- 293 • die garantierte Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr,
- 294 • multimodale Mobilitätskonzepte,
- 295 • Förderung von Fahrgemeinschaften,
- 296 • Schaffung dezentraler Versorgungsstruktur, bspw. mobile Bürger\*innenämter
- 297 • Glasfaserausbau in allen Regionen ohne Bürger\*innenbefragung & ohne finanzielle
- 298 Beteiligung der Anwohner\*innen, um moderne Arbeitskonzepte wie Home-Office
- 299 überhaupt zu ermöglichen

300 Im Gegensatz zur Großstadt wird der Individualverkehr auch im ländlichen Raum weiterhin eine  
301 wichtige Rolle spielen. Hier besteht die Aufgabe darin, entsprechende Infrastruktur bereitzustellen.  
302 Häufig müssen nur wenige Kilometer bzw. die „letzte Meile“ bis zur nächsten regelmäßig  
303 bedienten Haltestelle überwunden werden. Gerade außerhalb der Städte müssen  
304 Ladeinfrastrukturen für E-Mobilität geschaffen werden und am Rande der Ballungsräume  
305 entsprechende Park-&-Ride-Möglichkeiten ausgebaut werden.

### 306 Wer zahlt?

307 Klima- und Umweltschutz im Verkehrsbereich können nur gelingen, wenn sie als gemein-  
308 schaftliches Ziel mit sozialer Komponente erdacht werden: Die Abweichung von einer Verur-  
309 sacher\*innen-gerechten Finanzierung muss dann vertretbar sein, wenn es um gesellschaftliche  
310 Teilhabe für alle geht – unabhängig von körperlichen, finanziellen oder sonstigen Charakteristika.  
311 Deswegen unterstützen wir Modelle wie z.B. ein Sozialticket für Menschen mit geringem  
312 Einkommen oder ein Bildungsticket für alle Schülerinnen und Schüler. Damit wird  
313 gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen möglich. Während das Verursacher\*innenprinzip bei  
314 der künftigen Emissionsvermeidung zentrales Element sein soll, muss der öffentliche Nahverkehr  
315 sowohl auf die Nutzer\*innenfinanzierung, als auch staatliche Unterstützung auf-bauen. Auch die  
316 Finanzierung durch Nutznießer\*innen, die z.B. bei Bauprojekten von der guten ÖPNV-  
317 Erschließung profitieren, wollen wir ausbauen.

318 Ein guter ÖPNV, der systematisch ausgebaut wird, braucht eine breite und verlässliche Fi-  
319 nanzierungsbasis. Einer übertriebenen Preisentwicklung, wie sie in den letzten Jahren man-  
320 cherorts zu beobachten war, erteilen wir aber eine klare Absage. Zugleich wollen wir komplexe  
321 Ticketsysteme im Zuge der Digitalisierung deutlich verschlanken, um Zugangsbarrieren zu senken  
322 und Kostensenkungen im laufenden Geschäft von Anbieter\*innen und Betreiber\*innen zu  
323 ermöglichen.

---

## Beschluss A 02

---

324 Im Fernverkehr sollten wir uns vom Tarifdschungel aus Sparpreis, Super Sparpreis und  
325 unterschiedlichen BahnCards verabschieden. Dies schafft ein intransparentes Preismodell,  
326 welches die empfangene Leistung kaum widerspiegelt und gerade Wenignutzer\*innen abschreckt.  
327 Gleichzeitig werden beim Flexpreis schwindelerregende Höhen erreicht, die selbst für Menschen  
328 mit höherem Einkommen kaum bezahlbar sind.

329 Kinder sind eine gesellschaftliche Aufgabe und sollten auch im Punkt der Mobilität nicht zur  
330 Schuldenfalle für die Eltern werden: Schulpflichtige Kinder müssen generell kostenlos im  
331 Fernverkehr fahren können. Im Weiteren sollte das Preismodell im Fernverkehr bis zu einem  
332 Maximalpreis stärker an die Entfernung gekoppelt werden. Davon unbeschadet bleibt die  
333 kurzfristige Lenkung von Fahrgastströmen durch steigende Preise bei steigender Auslastung.  
334 Dies darf jedoch nicht zum generellen Ausschluss von Geringverdienenden führen. Mittelfristig  
335 müssen überausgelastete Verbindungen durch weitere Züge bzw. Streckenaus- & -neubau  
336 kompensiert werden. Eine Unterscheidung in 1. & 2. Klasse ist in Zukunft gerade im  
337 Regionalverkehr nicht mehr notwendig.

338 Auch die Bundesregierung, Mitarbeiter\*innen des öffentlichen Diensts oder Abgeordnete müssen  
339 die Klimaschädlichkeit ihrer Dienstreisen einschränken. Innerdeutsche Reisen sollten  
340 grundsätzlich mit dem Zug erfolgen und nur im Ausnahmefall mit anderen Verkehrsmitteln.

### 341 **Neue & innovative Verkehrsmittel**

342 Elektrofahrrad, E-Scooter, Pedelec, Segway, Hoverboard, ... – In den letzten Jahren sind immer  
343 neue Innovationen der Fortbewegung auf den Markt gekommen. Gemeinsam ist ihnen der  
344 problematische Umgang durch den deutschen Gesetzgeber. Waren Elektroroller zu Beginn des  
345 Jahres noch gar nicht legal einsetzbar, wurden sie im Juni vergleichsweise stark reglementiert für  
346 den deutschen Verkehrsraum zugelassen. Europaweit gibt es unterschiedliche Regelungen –  
347 Probleme & Verwirrung für Hersteller\*innen und Verbraucher\*innen werden so nicht ausbleiben.

348 So sehr eine Befreiung von der Führerscheinplicht für die meisten dieser Elektrokleinstfahrzeuge  
349 zu begrüßen ist, umso mehr scheiden sich die Geister an der Begrenzung der  
350 Maximalgeschwindigkeit. Die maximal zulässige Höchstgeschwindigkeit wird voraussichtlich 20  
351 km/h betragen, im Nachbarland Österreich werden es 25 km/h, in den USA sogar bis zu 32 km/h.  
352 Erscheint eine Abstufung nach Alter der\*s Fahrer\*in und unterschiedlichen Nutzungsorten –  
353 Fußgänger\*innenzone, Fußweg, Radweg, oder Straße – sinnvoll, ist eine pauschale Begrenzung  
354 der Höchstgeschwindigkeit auf 20 km/h sehr konservativ. Um die multimodalen Verkehrskonzepte  
355 sinnvoll unterstützen zu können, wäre es besser sich an den Grenzwerten aus der USA oder  
356 zumindest unseren europäischen Nachbarn zu orientieren. Gegebenenfalls kann für das Führen  
357 von Kleinstfahrzeugen mit höheren Geschwindigkeiten zusätzlich ein Mofa-Führerschein  
358 notwendig sein.

359 Die ersten Erfahrungen mit kommerziellen Anbietern im Elektrokleinstfahrzeuge-Bereich sind  
360 leider nicht besonders positiv. Getrieben vom schnellen Geld, haben diese weder auf  
361 Nachhaltigkeit noch ausgereifte Konzepte gesetzt: Abstellen auf ungeeigneten Flächen, sehr  
362 kurze Akkulaufzeiten, Transport mit Verbrennungsmotoren zur Ladestation, hohe Preise, geringe  
363 Verkehrssicherheit, kurze Lebensdauer, Ausbreitung in Großstädten, ... Nichtsdestotrotz können  
364 Elektrokleinstfahrzeuge in Verbindung mit Sharing-Konzepte insbesondere für den



---

## **Beschluss A 02**

---

365 innerstädtischen Verkehr und zur Überwindung der letzten Meile oder als eigenständiges  
366 Verkehrsmittel einen wichtiger Grundpfeiler bilden.

367 In kommunaler Trägerschaft können diese Konzepte auch in kleineren Städten umgesetzt werden.  
368 Verbunden mit langlebigeren Geräten, Ladestationen für private und geteilte Fahrzeuge und  
369 umgewidmeten Verkehrsraum ist die Technologie nicht vorschnell abzuschreiben.

### **370 Das gute alte Fahrrad**

371 Um den Radverkehr ansprechender zu gestalten, müssen verschiedene Maßnahmen ergriffen  
372 werden. Die Stadt und ihre Straßen müssen an das Rad angepasst werden, damit  
373 Radfahrer\*innen sicher und gleichberechtigt am Verkehr teilnehmen können. In die beide  
374 Richtungen freigegebene Einbahnstraßen und Überholverbotschilder zum Schutz von  
375 Radfahrer\*innen an engen Stellen sind erste richtige Schritte. Die Kommunen müssen sich hier  
376 an neuen, wenn auch kleinen, Konzepten orientieren, wie bspw. grüne Wellen bei  
377 Ampelschaltungen angepasst auf Fahrradgeschwindigkeiten und grüne Pfeile für Radfahrende.  
378 Insgesamt sind die Kommunen in der Pflicht einen zusammenhängenden und engmaschigen  
379 Radverkehrsplan zu erstellen.

380 Ein ÖPNV ist nur so gut, wie seine Einbindung von Radfahrenden. Hier gilt es nicht nur  
381 Pendler\*innen-freundliche Radstellplätze an Bahnstationen zu schaffen, sondern auch eine  
382 einfache und komfortable Mitnahme zu gewährleisten, bspw. durch Multifunktionsabteile für  
383 Fahrräder, Rollstühle und Kinderwägen.

384 Als wichtiges Transportmittel der Zukunft, mit zunehmendem Anteil an Paket- und Logistikdiensten,  
385 sind Lastenräder eine sinnvolle Alternative. Mit zusätzlicher elektrischer Unterstützung können  
386 auch erhebliche Mengen an Gütern umweltfreundlich und platzsparend transportiert werden.  
387 Deswegen müssen nicht nur Radwege in ihrer Breite angepasst werden, sondern eine  
388 Anschaffung sollte durch entsprechende Förderprogramme vereinfacht werden.

### **389 Digital first?**

390 Eine der größten Chancen in der Mobilität der Zukunft bildet die Digitalisierung. Multimodale  
391 Konzepte werden noch flexibler und können auf kurzzeitige Einflüsse wie Verfügbarkeitsmangel  
392 oder Streckensperrungen reagieren. Mit automatisierten Routenberechnungen kann zu jedem  
393 Zeitpunkt – unter Beachtung städtebaulicher Planungen – stets die ökologischste und schnellste  
394 Route gefunden werden. Mobilitätsträger müssen dazu verpflichtet werden, von ihnen erhobene  
395 Routing-Daten anbieterübergreifend zur Verfügung zu stellen. Dies muss unter Zugrundelegung  
396 unter den strengen Datenschutzprinzipien der Datenvermeidung & Datensparsamkeit geschehen  
397 – insbesondere die massenhafte Erstellung öffentlich zugänglicher und personalisierter  
398 Aufenthaltsprofile muss verhindert werden, indem personenbezogene Daten nicht geteilt und  
399 bestenfalls gar nicht erhoben werden.

400 Einen weiteren großartigen Aspekt der digitalen Mobilität bildet das autonome Fahren, sei es beim  
401 geteilten Auto, beim Bus oder beim Fernzug. Die Chancen sind riesig bzgl. Qualität,  
402 Geschwindigkeit, Sicherheit, Kosten & Verfügbarkeit. Von politischer Seite muss zügig ein  
403 gesetzlicher Rahmen geschaffen werden, der das autonome Fahren europaweit einheitlich regelt  
404 und ermöglicht. Dabei gilt es technische Möglichkeiten, Haftungsfragen und Gefahren auszuloten:

---

## Beschluss A 02

---

- 405
- 406
- 407
- 408
- 409
- 410
- 411
- 412
- 413
- 414
- 415
- 416
- 417
- 418
- 419
- 420
- 421
- 422
- 423
- 424
- Wenn es auch häufig herangeführt wird, ist eine Aufhebung der Netzneutralität für den sicheren autonomen Verkehr in keiner Weise notwendig und bringt auch keine nennenswerten Vorteile.
  - Obwohl es bei komplexen Systemen schwierig ist, ist völlig klar, dass Hersteller\*innen für ihre Produkte garantieren und haften müssen. Das heißt bei Unfällen müssen versagende Komponenten gefunden werden, zugehörige Hersteller\*innen zur Verantwortung gezogen werden und die identifizierten Komponenten optimiert werden. In der Regel wird es dabei um fahrlässige Handlungen gehen.
  - Die Welt besteht nicht nur aus Trolley-Problemen. In der realen Praxis kommen sie praktisch nicht vor. Die Vorteile bei der sonstigen Unfallvermeidung überwiegen die Nichtentscheidbarkeit dieser Probleme derart, dass sie den Vormarsch der autonomen Mobilität nicht bremsen sollten.
  - An autonomen Fahrzeugen hängen Leben. Es handelt sich also um eine besonders kritische digitale Infrastruktur. Es ist somit gesetzlich sicherzustellen, dass gewisse IT-Sicherheitsmindeststandards eingehalten werden: von eigenen Sensoren gemessene Daten haben eine höhere Relevanz als externe empfangene Daten, Multimedia-Systeme sind von fahrzeugrelevanten Systemen strikt zu trennen, Updates dürfen nur in „sicherer“ Umgebung nach umfangreicher Testung eingespielt werden.
  - Arbeitskräfte in dadurch obsolet werdenden Arbeitsverhältnissen müssen angemessene Folgebeschäftigungen erhalten.

425

426

427

428

429

430

431

432

433

434

Trotz der großen Vorteile der digitalen Mobilität beinhaltet gerade die kaum vermeidbare Erfassung von Geo- und Bewegungsdaten im Rahmen der Digitalisierung der Mobilität große Gefahren. Faktisch wird klar, wer – wann – wo – mit wem – wie lang unterwegs war. Trotz der gegebenen Schwierigkeiten müssen Konzepte entwickelt werden, die weiterhin die anonyme, freie und unabhängige Fortbewegung durch den öffentlichen Raum ermöglichen – nur die Codierung mit einem Pseudonym bringt hier keine Vorteile. Unterstützend wirken dabei Abo- oder Flatrate-Modelle, da so keine zeitscharfe Abrechnung von Mobilitätsleistungen notwendig wird. Wichtig ist nur, wo sich die jeweiligen Fahrzeuge befinden und ob sie gerade verliehen sind. Nicht relevant ist, wer sie benutzt hat – es erfolgt also keine Personenprüfungen, sondern eine Berechtigungsprüfung.

### 435 **Fazit**

436

437

438

439

Unsere Mobilität wächst und sie steht vor Herausforderungen – allerdings sind diese lösbar! Die Zukunft der klimaneutralen Mobilität baut auf gemeinsam genutzten Verkehrsmitteln und gesellschaftlicher Teilhabe auf – gemeinsam klassisch in Bus und Bahn oder modern durch Sharing-Konzepte.

440

441

Folgende Ziele & Maßnahmen müssen zwingend Teil eines Konzepts für die Mobilität der Zukunft sein:

- 442
- 443
- 444
- 445
- 446
- 447
- Sehr viel emissionsärmere Mobilität,
  - Verursacher\*innengerechte Abgabe für Schadstoff Emittenten,
  - Verhinderungen zusätzlicher Versiegelung durch Verkehr, Freigabe von Versiegelung durch den Rückbau von Straßen bzw. effizientere Nutzung von versiegelten Flächen von gemeinschaftlich genutzten Verkehrsträgern, insbesondere durch Schienenverkehr,
  - Förderung & Ausbau europaweiter Mobilität, insbesondere im Schienenverkehr
-

---

**Beschluss A 02**

---

- 448 • Straßennutzungsgebühren für Fernbusse,
- 449 • Rückbau von direkten und indirekten klimaschädlichen Subventionen,
- 450 • Finanzielle Ausstattung und Förderung von multimodalen Verkehrskonzepten,
- 451 • die Verringerung des Verkehrsraums für den motorisierten Individualverkehr zu Gunsten
- 452 von anderen Verkehrsträgern und Sharing-Konzepten,
- 453 • Anbindung des ländlichen Raums, in Verbindung mit großflächigen &
- 454 grenzüberschreitenden Verkehrsverbänden
- 455 • Sozialer Ausgleich und transparente Preissysteme für Personenverkehr,
- 456 • Förderung & Zulassung von innovativen Verkehrsträgern, wie zurzeit
- 457 Elektrokleinstfahrzeuge,
- 458 • Schaffung eines gesellschaftlichen, technologischen & rechtlichen Rahmens für autonome
- 459 Fahrzeuge und
- 460 • Sicherung der anonymen, freien und unabhängigen Fortbewegung in der digitalisierten
- 461 Welt.
- 462 • Wir werden im gesamten öffentlichen Personen-Nahverkehr und Schienen-Personen-
- 463 Nahverkehr Barrierefreiheit umsetzen.

**Beschluss A 03**

---

1 **Bodenspekulation in Dresden bekämpfen! – Voraussetzungen zur**  
2 **Einführung der Grundsteuer C schaffen**

3 *Der Unterbezirksparteitag der SPD Dresden möge beschließen und an die SPD-Stadtratsfraktion*  
4 *weiterleiten:*

5 Die Dresdner Stadtverwaltung wird aufgefordert, in den nächsten Jahren die notwendigen  
6 rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, um die neue Grundsteuer C ab  
7 dem Jahr 2025 auch in Dresden erheben zu können. Dies umfasst insbesondere die genaue  
8 Bezeichnung aller baureifen Grundstücke, die Begründung sowie die Ausweisung der Gebiete mit  
9 besonderem Wohnraumbedarf und der Vorschlag für einen geeigneten Hebesatz. Dieser Prozess  
10 ist eng mit dem Freistaat Sachsen abzustimmen, sofern dieser von der Länderöffnungsklausel für  
11 die Grundsteuer Gebrauch machen sollte.

**Beschluss A 04**

---

1 **Nur hochwertige Arbeitsverhältnisse garantieren eine hochwertige**  
2 **Gesundheitsversorgung in Sachsen**

3 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Landesparteitag und die*  
4 *Landtagsfraktion weiterleiten:*

5 Wir fordern ein grundsätzliches Umdenken im Personalmanagement privater und öffentlicher  
6 Gesundheitseinrichtungen. Zur Sicherung einer hochwertigen Gesundheitsversorgung müssen  
7 für alle Heilberufe (Pflege, Physiotherapie, Psychotherapie, Ergotherapie, ...) gesetzlich  
8 verbindliche Personalschlüssel verankert werden, die den individuellen Versorgungsaufwand in  
9 den verschiedenen stationären Bereichen berücksichtigen – ganz gleich ob im Krankenhaus, im  
10 Pflegeheim oder im betreuten Wohnen. Die Arbeitsverhältnisse müssen zudem dahingehend  
11 weiterentwickelt werden die Wochenarbeitszeit zu reduzieren und gleichzeitig die Vergütung zu  
12 erhöhen. Nur so werden diese für unsere Gesellschaft essenziellen Berufe im Gesundheitswesen  
13 auf lange Sicht attraktiv bleiben.

---

**Beschluss A 05**

---

1 **Finanzielle und strukturelle Förderung von lokalem Journalismus**  
2 **ermöglichen**

3 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an die SPD-Stadtratsfraktion weiterleiten:*

- 4 1. Die SPD Dresden setzt sich für die Förderung von Lokaljournalismus auf Stadtebene ein. Die  
5 Förderung soll zum Ziel haben, unabhängigen und kritischen lokalen bzw.  
6 kommunalpolitischen Journalismus, insbesondere von freien Journalist\*innen, zu ermöglichen  
7 und zu stärken. Dabei sollen sowohl inhaltliche/journalistische Arbeit als auch eine relevante  
8 Reichweite gefördert werden.
- 9 2. Die SPD Dresden beruft eine Arbeitsgruppe zum Erstellen eines Konzepts für ein  
10 Förderprogramm/Förderrichtlinie bzgl. des Lokaljournalismus. Diese Arbeitsgruppe soll  
11 möglichst aus fachkundigen Genoss\*innen sowie beratenden Medien-/Journalismus-Experten  
12 bestehen.
- 13 3. Auf Basis des erarbeiteten Konzepts setzt sich die SPD-Stadtratsfraktion dafür ein, dass der  
14 Stadtrat das Förderprogramm bzw. die Förderrichtlinie beschließt. Da eine solche  
15 lokale/kommunale Journalismusförderung durchaus bundes- und landesweiten  
16 Modellcharakter entwickeln kann, möge sich die SPD Dresden auch dafür einsetzen, dass  
17 sich der Freistaat Sachsen und der Bund neben der Stadt Dresden ebenfalls als  
18 Fördermittelgeber engagieren.

---

SPD Unterbezirk Dresden  
Ordentlicher Unterbezirksparteitag  
01. Februar 2020

Neues Rathaus Dresden, Dr.-Külz-Ring 19  
01067 Dresden  
Plenarsaal

**Beschluss A 06**

---

1 **Ende des MusiklehrerInnenprekariats – Honorarverträge untersagen,**  
2 **gute Bezahlung ermöglichen**

3 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Landesparteitag der SPD Sachsen*  
4 *weiterleiten:*

5 Honorarverträge zwischen Musiklehrer\*innen und Musikschulen bei Lehre von Klient\*innen sind  
6 zu unterbinden, sofern die Musiklehrer\*innen mehr als einmal die jeweiligen Personen  
7 unterrichten. Bisherige Arbeitsverhältnisse zwischen diesen drei Parteien sind in ein reguläres  
8 Teilzeit- oder Vollzeitmodell zu überführen und der Mittelaufwand für den Unterricht ist den  
9 Musiklehrer\*innen zu erstatten. Die SPD Sachsen möge dafür geeignete gesetzliche Regelungen  
10 finden.

---

## Beschluss A 07

---

### 1 **Klimaschutz und Folgen des Braunkohleausstieges**

2 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den SPD Landesparteitag weiterleiten:*

### 3 **Grundsätze zum Klimaschutz und den Folgen des Braunkohleausstieges**

#### 4 **Präambel**

5 Ohne Gerechtigkeit ist kein Frieden, ohne Frieden kein Klimaschutz, ohne Klimaschutz kein  
6 Frieden und ohne Frieden keine Gerechtigkeit möglich.

- 7 • Die SPD betrachtet den Klimaschutz als vordringlichste globale Aufgabe der Menschheit.
- 8 • Die SPD setzt sich für die wirksame, verursacher\*innengerechte und konsumfokussierte
- 9 Bepreisung von Treibhausgas- Emissionen ein
- 10 • Die SPD strebt einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung an.
- 11 • Die SPD setzt sich für eine vollständige erneuerbare Energieversorgung im europäischen
- 12 Kontext ein.
- 13 • Die SPD tritt für eine dezentrale Energieversorgung ein.

#### 14 **Der menschengemachte Klimawandel zwingt die Industrienationen zum Handeln**

15 Die Veränderungen des globalen Klimas sind evident. Der Einfluss menschlichen Handelns  
16 insbesondere durch den steigenden Ausstoß von Treibhausgasen seit der Industrialisierung bis  
17 heute ist unbestreitbar. Auf absehbare Zeit kann der vorindustrielle Zustand jedoch nicht  
18 wiederhergestellt werden. Die Auswirkungen des Klimawandels auf unsere Umwelt sind deshalb  
19 nicht mehr zu verhindern. Derzeit beschleunigt sich der Klimawandel. Die Lebensbedingungen  
20 verändern sich deshalb dramatisch, negative Folgewirkungen nehmen zu. So verursacht der  
21 Betrieb des Braunkohle-Kraftwerkes Jänschwalde jährlich Schäden für Gesundheit und Umwelt  
22 von rund 2 Mrd. Euro, Boxberg immerhin noch 1 Mrd. Euro. In einigen Regionen der Welt steht  
23 der Fortbestand menschlicher Zivilisation auf dem Spiel. Wenn der Mensch durch die  
24 Anreicherung der Atmosphäre mit Treibhausgasen diese verursacht, hat er es auch in der Hand  
25 sie zu bremsen und aufzuhalten. Den Industrienationen kommt dabei die größte Verantwortung  
26 zu. Sie haben die Atmosphäre bereits mit Klimagasen angereichert und gehören aktuell auch zu  
27 den Ländern mit den höchsten Pro-Kopf-Emissionen von CO<sub>2</sub>-Äquivalenten (CO<sub>2</sub>Äq.). So lag  
28 Deutschland 2017 mit einem Ausstoß von rund 11 tCO<sub>2</sub>Äq./Jahr pro Kopf deutlich über dem EU-  
29 Durchschnitt (8,4 tCO<sub>2</sub>Äq./Jahr) und mehr als doppelt über dem globalen Durchschnitt (5  
30 tCO<sub>2</sub>Äq./Jahr). Die negativen Auswirkungen des Klimawandels zwingen zum Handeln.

#### 31 **Klimaschutz & Gerechtigkeit**

32 Unter dem Begriff des Klimaschutzes werden alle Maßnahmen zusammengefasst, die den  
33 menschlichen Einfluss auf das Klima und somit die negativen Auswirkungen verringern. Der  
34 Klimaschutz ist in seiner Komplexität und Allumfassendheit die wohl vordringlichste Aufgabe der  
35 Menschheit. So fallen mittelbar auch sämtliche pazifistischen und gerechtigkeitsorientierten  
36 Bemühungen darunter. Es ist also nur gerecht, dass Industrienationen beim Klimaschutz  
37 vorangehen.



---

## Beschluss A 07

---

38 Unsere Lebensweise in Mitteleuropa strahlt in andere Regionen aus, teilweise auch in Regionen,  
39 denen unsere Lebensweise als erstrebenswert und vorbildlich gilt. Wenn es gelingt, dass  
40 Deutschland oder Europa trotz oder gerade wegen klimaschützender Maßnahmen weiter  
41 wirtschaftlich erfolgreich und lebenswert bleiben, strahlt das auch in andere Regionen aus und  
42 dient als Ansporn, selbst aktiv zu werden. Andererseits ist nachgewiesen, dass mit steigenden  
43 Haushaltseinkommen auch die klimaschädlichen Emissionen steigen. Klimaschutz bietet somit  
44 große Chancen auch für mehr Gerechtigkeit und eine friedliche Welt zu sorgen.

45 *Die wirksame Verknüpfung des Klimaschutzes mit dem Solidaritätsgedanken ist ein zentrales*  
46 *Anliegen unserer Partei.*

47 Ein effektiver Klimaschutz ist nur mit einem Gesamtkonzept insbesondere für den Energiesektor  
48 möglich, das auch konsequent umgesetzt wird. Dieses Konzept muss auf allen Gebieten vorsehen,  
49 dass bestehende staatliche Steuerungsinstrumente hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Klima  
50 untersucht und im Sinne des Klimaschutzes korrigiert, gegebenenfalls abgeschafft oder  
51 umgekehrt werden. Zu einem sozial gerechten Klimaschutzkonzept gehören insbesondere:

- 52 1. Bepreisung von Treibhausgasemissionen (Verursacherprinzip)
- 53 2. schrittweise, aber konsequente Abkehr von fossilen Energieträgern
- 54 3. Ausbau erneuerbarer Energien
- 55 4. Energiespeicherung
- 56 5. Energieverteilung
- 57 6. Energieeinsparung & -effizienz
- 58 7. Ausschöpfung der Klimaschutz-Potenziale in Forst- und Landwirtschaft
- 59 8. Vermeidung, Kompensation bzw. Nutzung prozessbedingter Treibhausgas-Emissionen
- 60 9. Kommunikation und persönliches Verantwortungsbewusstsein

### 61 1. Bepreisung von Treibhausgasemissionen

62 Das wirksamste Element eines Klimaschutzkonzeptes ist die ausreichend hohe Bepreisung bzw.  
63 die generelle Besteuerung der Emission von Treibhausgasen. Die steuerliche Lenkungswirkung  
64 soll über sozial ausgleichende Rückzahlungen an die Bevölkerung zu einer Umverteilung von  
65 oben nach unten sorgen.

66 *Wir treten für eine wirksame Bepreisung von Treibhausgasemissionen ein (CO<sub>2</sub>-Steuer). Die*  
67 *Einnahmen sollen direkt dazu verwendet werden, einkommensschwächere Haushalte finanziell*  
68 *zu unterstützen.*

### 69 2. Abkehr von fossilen Energieträgern, insbesondere Kohle

70 Keine umweltpolitische Maßnahme polarisiert so sehr wie der Ausstieg aus der Kohleverstromung.  
71 Als SPD im Freistaat Sachsen liegt unser Fokus bei diesem Thema besonders auf den  
72 ostdeutschen Kohleabbaugebieten. Notwendig ist der Ausstieg aus mehreren Gründen.

73 Braunkohleabbau erzeugt in den Abbauregionen:

- 74 • gravierende Landschaftsschäden (Verlust intakter Naturräume,  
75 Grundwasserabsenkungen, Verlust von landwirtschaftlicher und forstlicher Nutzfläche)

---

## Beschluss A 07

---

- 76 die nur mit viel Aufwand und auch nicht immer ausgeglichen bzw. rückgängig gemacht  
77 werden können,  
78 • das Ende alter Gemeinden, gewachsener sozialer Strukturen und kulturhistorischer  
79 Stätten und Denkmäler,  
80 • Ausstoß von Feinstaub und CO<sub>2</sub> durch den Abbaubetrieb selbst.  
81 • Emissionen von CO<sub>2</sub>, SO<sub>2</sub>, Stickoxiden, Schwermetallen etc. durch die Verbrennung  
82 und Verstromung

83 Die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (sog. Kohlekommission)  
84 empfiehlt spätestens bis zum Jahr 2038 aus der Kohleverstromung ausgestiegen zu sein. Nach  
85 dem Pariser Klimaschutzvertrag von 2015 wäre sogar ein weltweiter Kohleausstieg bis 2030  
86 notwendig. Zu erstreben bleibt deshalb ein Ausstieg zu einem früheren Zeitpunkt. Der einzig  
87 legitime Grund, den Braunkohleabbau nicht sofort zu beenden, sind die sozialen Folgen für die  
88 Region. Durch den Verlust von Arbeitsplätzen und den Mangel an alternativen Arbeitgeber\*innen,  
89 drohen Armut und letztlich ein Ausbluten der Region. Für eine nachhaltige wirtschaftliche und  
90 soziale Stabilisierung der Region sind die Förderung von Unternehmensansiedelungen und  
91 wohlgesetzte Subventionen im Rahmen einer landesplanerischen Stärkung zentraler Orte  
92 ("Schrumpfungsplan") unabdingbar. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Ausbau der  
93 erneuerbaren Energien auch in den Ausstiegsregionen zu neuen Arbeitsplätzen führen kann.

94 *Wir treten dafür ein, den Strukturwandel in den ostdeutschen Kohleregionen sozial gerecht und*  
95 *konsequent so zu gestalten, dass der Abschluss des Kohleausstiegs möglichst schon vor 2038*  
96 *gelingen kann. Der ostdeutsche Kohleausstieg darf dabei nicht durch Kohlestromimporte, z.B.*  
97 *aus Polen kompensiert werden.*

### 98 3. Ausbau erneuerbarer Energien

99 Die Abkehr von fossilen Energieträgern erfordert den Ausbau erneuerbarer Energien, da  
100 alternative Technologien entweder unkalkulierbare Risiken und Folgekosten bergen (z.B.  
101 Kernkraft) oder bisher und in den nächsten Jahrzehnten noch keine Praxisreife absehbar ist (z.B.  
102 Kernfusion). Dagegen ist die Energiegewinnung aus Windkraft, Photovoltaik, Solarthermie,  
103 Wasser und Biomasse (insbesondere Holz in Verbindung mit Kraft-Wärme-Kopplung) praxisreif.  
104 Bei der Bewertung der CO<sub>2</sub>-Einsparungspotenziale ist der gesamte Lebenszyklus (Produktion,  
105 Transport, Anlagenbau & -Betrieb, Rückbau) von auf erneuerbaren Energien beruhenden  
106 Systemen einzubeziehen.

107 *Wir treten dafür ein, dass alle erneuerbaren Energien genutzt werden, die einen hohen Grad an*  
108 *CO<sub>2</sub>-Einsparpotenzialen bieten. Auch möglicherweise negative Auswirkungen auf die Umwelt*  
109 *sind zu bewerten, transparent zu machen und angemessen beim Ausbau der erneuerbaren*  
110 *Energien zu berücksichtigen.*

### 111 4. Energiespeicherung

112 *Wir treten dafür ein, dass hinsichtlich der Speicherung von elektrischer Energie neben Batterien*  
113 *auch andere vielversprechende Technologien, v.a. die Wasserstoffzellentechnologie gefördert*  
114 *werden.*

### 115 5. Energieverteilung

---

---

## **Beschluss A 07**

---

116 *Wir treten für die Ausschöpfung der Potenziale von dezentraler Energiegewinnung ein. Diese*  
117 *Form der Energiegewinnung schafft Arbeitsplätze, fördert bis zu einem gewissen Grad*  
118 *Unabhängigkeit und eignet sich auch besonders für genossenschaftliche Formen der*  
119 *Energieerzeugung. Für die großindustrielle Erzeugung von erneuerbarer Energie und die*  
120 *Deckung des Energiebedarfs von Großabnehmern ist die Verteilung (über Stromnetze)*  
121 *mindestens im europäischen Maßstab zu denken.*

### 122 6. Energieeinsparung & -effizienz

123 *Wir treten dafür ein, dass Energieeinsparung und Energieeffizienz in allen Produktionsprozessen*  
124 *und Lebensbereichen ein Leitmotiv werden.*

### 125 7. Ausschöpfung der Klimaschutz-Potenziale in Forst- und Landwirtschaft

126 Die Primärproduktion von Nahrungsmitteln, nachwachsenden Rohstoffen und Biomasse für die  
127 Energiegewinnung findet überwiegend in ländlichen Regionen statt. In Sachsen werden dafür  
128 rund 80 % der Bodenfläche genutzt. Land- und Forstwirtschaft haben deshalb für den Ausstoß  
129 von Treibhausgasen im Produktionsprozess aber auch für die Speicherpotenziale in  
130 verschiedenen Landnutzungssystemen eine sehr große Bedeutung. Durch die Förderung  
131 regionaler Wirtschaftskreisläufe im Primärsektor, dem verarbeitenden Gewerbe und auch  
132 regionaler Energiegewinnung werden durch den Ferntransport entstehende Emissionen verringert.  
133 Außerdem sorgt die wirtschaftliche Tätigkeit im Primärsektor für Einkommen und sinnstiftende  
134 Tätigkeit und ist damit ein entscheidender Schlüssel zur Stärkung des ländlichen Raums.

135 *Wir treten dafür ein, die Klimaschutzpotenziale der Land- und Forstwirtschaft auszuschöpfen*  
136 *und mit der Stärkung des ländlichen Raums zu verknüpfen.*

### 137 8. Vermeidung, Kompensation bzw. Nutzung prozessbedingter Treibhausgas-Emissionen

138 Nicht nur im energetischen Sektor fallen Treibhausgas-Emissionen an. Gerade im Industrie- und  
139 Bau-Sektor fallen prozessbedingte Emissionen an. Diese müssen einerseits durch neue  
140 Prozesse vermieden oder andererseits kompensiert, nachgenutzt bzw. abgeschieden werden.

141 Entsprechende wirtschaftliche Rahmenbedingungen sind zu schaffen.

### 142 9. Kommunikation

143 Die alle Bereiche umfassende Besteuerung der Treibhausgasemissionen kann Transparenz und  
144 somit ein Bewusstsein in der Bevölkerung über die persönliche Verantwortung der Einzelnen  
145 sowie der Industrie schaffen, dies schließt den verantwortungsvollen Umgang mit sonstigen  
146 Ressourcen ein. Ohne dieses Bewusstsein läuft auch die klügste Klimapolitik ins Leere. Die dafür  
147 nötige Informationsgrundlage soll sich neben der Besteuerung auch aus einer effektiven  
148 Aufklärung und Produkttransparenz bilden.

149 *Wir treten für die stärkere Kommunikation und Aufklärung zu Klimaschutzmaßnahmen ein. Dabei*  
150 *ist in den Vordergrund zu rücken, dass Klimaschutz zum Erhalt oder gar der Steigerung der*  
151 *Lebensqualität beiträgt und in vielen Bereichen für mehr Gerechtigkeit sorgt.*

---

**Beschluss A 08**

---

1 **Die Würde(?) des Pfandes**

2 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an die SPD-Stadtratsfraktion weiterleiten:*

3 Die SPD Dresden setzt sich dafür ein, dass mehr Pfandablagemöglichkeiten wie z.B. Pfandringe  
4 für Flaschen und Dosen unter anderem an Mülleimern in Dresden angebracht werden. Es soll sich  
5 dabei um hochwertiges Material handeln, da sichergestellt werden muss, dass die  
6 Ablagemöglichkeiten nicht leicht zu Bruch gehen. Der Stadtrat soll einen Prüfauftrag an die  
7 Verwaltung senden, um festzustellen unter welchen Bedingungen Pfandablagemöglichkeiten  
8 angebracht werden können ohne Fuß/Rad/Bahnverkehr zu beeinflussen bzw. zu behindern.

9 Nach besagtem Prüfauftrag soll es Bürge\*innendialoge geben, um in einem regen Austausch zu  
10 entscheiden wo genau diese Ablagemöglichkeiten angebracht werden sollen und wo nicht.

---

**Beschluss A 09**

---

1 **Hufwiesen als naturnahes Grünareal erhalten**

2 *Der Unterbezirksparteitag der SPD Dresden möge beschließen und an die SPD-Stadtratsfraktion*  
3 *weiterleiten:*

4 Die Dresdner SPD spricht sich dafür aus, die Hufwiesen im Stadtteil Trachau als naturnahes  
5 Grünareal fortzuentwickeln. Eine über den mit dem jetzigen Flächeneigentümer vereinbarten  
6 Kompromiss von 2,4 Hektar hinausgehende Bebauung oder Umnutzung lehnen wir ab. Die  
7 Hufwiesen bieten die wohl auch im stadtweiten Kontext seltene Möglichkeit, eine auf natürliche  
8 Art und Weise gewachsene innerstädtische Grünfläche dauerhaft in kommunaler Hand zu sichern.  
9 Der jetzt begonnene Prozess der Bürger\*innenbeteiligung zur weiteren Gestaltung der Fläche  
10 bietet viele Chancen, sollte aber den naturnahen Charakter des Gebiets nicht in Frage stellen. Die  
11 Umgestaltung zu einem klassischen öffentlichen Park oder Nutzung für bauliche Anlagen des  
12 Gemeinbedarfs lehnen wir ab.

13 Im Zuge des laufenden Bebauungsplanverfahrens setzen wir uns dafür ein, dass der vereinbarte  
14 Flächenkompromiss tatsächlich eingehalten wird und die Eingriffe insbesondere in den  
15 vorhandenen Waldbestand auf ein geringstmögliches Maß reduziert werden. Wir stehen zur im  
16 Kompromiss vereinbarten Schaffung eines verdichteten Wohnreals auf einer kleineren Teilfläche,  
17 mahnen aber trotzdem eine stadteilangepasste Bauweise und eine gute soziale Durchmischung  
18 an.

**Beschluss A 10**

---

1 **Für die Gleichberechtigung: Elternzeit geht uns alle an**

2 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Landesparteitag und die*  
3 *Landtagsfraktion weiterleiten:*

4 Wir fordern die Einführung eines Elternzeitkonzepts, durch welches sich die beiden  
5 Erziehungsberechtigten in gleicher Weise in die Erziehungsarbeit einbringen können. Das  
6 Elterngeld wird für achtzehn Monate gezahlt, wobei sich das zweite Elternteil mit mind. 6 Monaten  
7 beteiligen soll. Die Elternzeit kann auch parallel genommen werden. Die wegfallenden  
8 Einkommen, welche zuvor mindestens für 12 Monate bezogen wurden, werden zu 100 Prozent  
9 ersetzt. Dabei müssen sinnvolle Deckelungsgrenzen festgesetzt werde. Die Elternzeit kann in den  
10 ersten 3 Lebensjahren des Kindes genommen werden. Alleinerziehenden stehen die Monate  
11 komplett zur Verfügung.

---

## Beschluss A 11

---

### 1 **Schluss mit ABCD-Waffen: Ächtung von Digitalwaffen**

2 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Landesparteitag der SPD Sachsen*  
3 *sowie den Bundesparteitag der SPD weiterleiten:*

4 Nie wieder Krieg durch Deutschland. Das gilt auch im Internet. Daher lehnen wir den Einsatz von  
5 digitalen Angriffswaffen konsequent, absolut und ohne Ausnahme ab. Digitale Angriffswaffen sind  
6 im Sinne einer Zusatzvereinbarung zum Genfer Protokoll weltweit zu ächten.

7 Der Einsatz und das Vorhalten digitaler Waffen durch staatliche wie private Institutionen muss  
8 strengstens untersagt und geahndet werden.

9 Digitale Angriffswaffen unterliegen im Vergleich zu bislang bekannten Kriegswaffen im  
10 Besonderen dem Risiko der Proliferation – der unbeabsichtigten Weitergabe an Dritte. So  
11 geschehen bei der Schadsoftware Wannacry, da digitale Angriffswerkzeuge ohne großen  
12 Aufwand vervielfältigt werden können.

### 13 **Defensive IT-Sicherheitsstrategie**

14 Im digitalen Raum ist es erstmals theoretisch möglich, über rein defensive Maßnahmen  
15 vollständige Sicherheit für alle zu erzeugen. Jegliche digitale Angriffswerkzeuge gefährden im  
16 Gegensatz dazu immer die IT-Sicherheit für alle, da diese immer auf bewusst nicht geschlossenen  
17 Sicherheitslücken in IT-Systemen basieren, anstatt diese zu schließen. Wir fordern daher eine  
18 konsequente defensive IT-Strategie, die zum Ziel hat, Sicherheitslücken zu schließen, die  
19 Bevölkerung im IT-Bereich zu qualifizieren und alle digitalen Geräte konsequent zu schützen.

20 Im gleichen Zug müssen staatliche Allmachtsfantasien von Kryptografie-Verboten, staatliche  
21 Backdoors oder Rückangriffe über HackBacks dringend unterbunden werden. Es ist nicht möglich,  
22 dass solche Werkzeuge existieren, ohne dass zusätzliche Angriffsvektoren für böswillige  
23 Absichten existieren. Diese können damit niemals Teil einer defensiven IT-Sicherheitsstrategie  
24 sein.

### 25 **Abgrenzung zum „Hacken“**

26 Von der Herstellung und dem Einsatz digitaler Waffen ist das bewusste oder unbewusste  
27 Auffinden bzw. „erhacken“ von sicherheitsrelevanten Lücken in IT-Systemen abzugrenzen.  
28 Verbunden mit einer Meldepflicht für gefundene Sicherheitslücken ist dies ein Dienst im Sinne der  
29 Zivilcourage und muss fester Bestandteil einer defensiven IT-Sicherheitsstrategie sein. Dies zieht  
30 eine entsprechende Anpassung des „Hacker-Paragraphen“ §202c StGB nach sich.

---

**Beschluss A 12**

---

1 **Böllerfreies Dresden**

2 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an die SPD-Stadtratsfraktion weiterleiten:*

3 Die SPD-Stadtratsfraktion wird beauftragt, sich für ein möglichst umfassendes Verbot des  
4 Einsatzes von „Böllern“ (Feuerwerk der Kategorie F2 mit ausschließlicher Knallwirkung) im  
5 dichtbesiedelten Teil des Dresdner Stadtgebiets einzusetzen. Der Einsatz von normalem Feu-  
6 erwerk (Kategorie F2) im Umfeld von besonders schutzwürdigen Einrichtungen und Anlagen sowie  
7 größeren Menschenmassen ist umfassend einzuschränken.

8 Dadurch reduzieren wir die Schadstoffbelastung der Stadt, welche durch privates Feuerwerk zum  
9 Silvesterabend absurd hoch ist. Zusätzlich schützen wir unsere Bürger\*innen vor schweren  
10 körperlichen Schäden durch sich selbst oder andere. Ein Verbot trägt zum Schutz der Umwelt,  
11 Gesundheit und der Tiere bei. Eine Show könnte zudem als Tourist\*innenmagnet dienen. Durch  
12 das Wegfallen der Reinigungskosten und weniger Einsätze von Polizei, Feuerwehr und  
13 Rettungsdiensten wird zudem Geld gespart.



---

## Beschluss A 13

---

### 1 **Gemeinsam besser wohnen**

2 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an die SPD-Stadtratsfraktion sowie*  
3 *Landesparteitag und Landtagsfraktion weiterleiten:*

4 Die Wohnungsnot in den Großstädten ist vorhanden und wird noch weiter zu nehmen. Wir setzen  
5 uns dafür ein, dass der innerstädtische Wohnungsbau stärker auf das gemeinsame Wohnen  
6 fokussiert wird.

7 Die Antwort profitorientierter Wohnungsunternehmen auf Wohnungsmangel sind in der Regel  
8 kleine und kleinste Wohnungen bis hin zum Micro-Appartment. Warum? Die Gewinnmargen sind  
9 höher. Außerdem werden sich Mieter\*innen auf Grund des unpersönlichen Wohnens weniger  
10 organisieren. Dabei liegen die Nachteile auf der Hand: Verschwendete Wohnfläche in Form von  
11 vielfach installierten Kleinstküchen-/bädern und die Vereinsamung der Bewohner\*innen. Anstatt  
12 funktionale Räume gemeinsam zu nutzen und frei werdende Flächen für gemeinschaftliche,  
13 wohnliche Räume zu nutzen, werden die Mieter\*innen in immer kleineren Zellen voneinander  
14 separiert.

15 Warum sollten Wohngemeinschaften nicht auch nach Ausbildung und Studium eine sinnvolle  
16 Alternative zum angespannten Wohnungsmarkt sein? Bedarf und Interesse an Senior\*innen- oder  
17 Berufstätigen-WGs steigen. Das Angebot jedoch nicht.

18 Über Bebauungspläne und den Neu- bzw. Umbau durch kommunale Wohnungsgesellschaften  
19 sowie Förderprogramme auf Landes- und Bundesebene greifen wir in diese Fehlentwicklung ein,  
20 um künftig größere, clusterfähige Wohnungen für Familien und Wohngemeinschaften stärker in  
21 den Fokus zu nehmen. Förderung und Ausbau von Klein- und Kleinstwohnungen lehnen wir  
22 jedoch ab.

---

**Beschluss A 14 - Überweisung in UBV zur weiteren Beratung**

---

1 **Kinderarmut verhindern – Ehegattensplitting abschaffen!**

2 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Landesparteitag und den*  
3 *Bundesparteitag weiterleiten:*

4 Wir fordern die Abschaffung des Ehegattensplittings. Stattdessen soll ein neues steuerrechtliches  
5 Förderinstrument erarbeitet und eingeführt werden, dessen Ziel es sein muss, Kinderarmut zu  
6 verhindern, und dass eine tatsächliche Entlastung von Familie, und nicht von Ehegemeinschaften  
7 bewirkt. Dabei werden die Erziehungsberechtigten individuell besteuert und ein neuer steuerlicher  
8 Entlastungsfaktor zugrunde gelegt, der sich anhand des Gesamthaushaltseinkommens der  
9 Familie und der Zahl der Kinder berechnet. Dieser Faktor muss sicherstellen, dass Familien mit  
10 einem geringen Gesamthaushaltseinkommen massiv gefördert werden, gleichzeitig soll die  
11 Förderung von Familien mit hohem Gesamthaushaltseinkommen geringer ausfallen.  
12 Alleinerziehende müssen zusätzlich unterstützt werden, ein separater Faktor wird dafür Sorge  
13 tragen. Kinderlose Haushalte werden nicht subventioniert. Dieses negativ-progressive  
14 Besteuerungsmodell entlastet nicht nur die Familie selbst, sondern schafft auch einen  
15 zusätzlichen Anreiz zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit als Erziehungsberechtigte.

---

**Beschluss A 15**

---

1 **01000001 01101110 01110100 01110010 11000011 10100100 01100111**  
2 **01100101 00100000 01100100 01101001 01100111 01101001 01110100**  
3 **01100001 01101100 01101001 01110011 01101001 01100101 01110010**  
4 **01100101 01101110 (Anträge digitalisieren)**

5 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Landesparteitag weiterleiten:*

6 Um die Nachhaltigkeit der Antragsberatungen zu gewährleisten und um es allen Interessierten zu  
7 ermöglichen, sich einen Überblick über die Beschlusslage mindestens ab Gliederung  
8 Bezirksebene der SPD Sachsen zu verschaffen, soll eine zentrale Antragsdatenbank eingerichtet  
9 werden, in der alle spätestens ab dem 1.1.2010 beschlossenen Anträge der Gliederungen der  
10 SPD Sachsen nach Schlagworten durchsucht und nach Kriterien gefiltert werden können.

---

SPD Unterbezirk Dresden  
Ordentlicher Unterbezirksparteitag  
01. Februar 2020

Neues Rathaus Dresden, Dr.-Külz-Ring 19  
01067 Dresden  
Plenarsaal

---

**Beschluss A 16 - abgelehnt**

---

1 **Mandatsverzicht für Minister\*innen**

2 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Landesparteitag, die Landtagsfraktion*  
3 *und den Landesvorstand weiterleiten:*

4 Wir fordern die konsequente Trennung von Exekutive und Legislative für die Mitglieder der SPD-  
5 Landtagsfraktion! Das bedeutet insbesondere, dass keine Person gleichzeitig ein  
6 Minister\*innenamt und ein Abgeordnetenmandat ausüben darf. Im Falle einer Übernahme eines  
7 Ministeriums durch ein Mitglied der SPD-Fraktion muss die jeweilige Person aufgefordert werden  
8 ihr Abgeordnetenmandat zurückzugeben.

---

**Beschluss A 17 - Überweisung in UBV zur weiteren Beratung**

---

1 **Nicht ohne uns! Wahlalter absenken und politische Bildung ausbauen!**

2 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Landesparteitag und die*  
3 *Landtagsfraktion weiterleiten:*

4 Die SPD Sachsen setzt sich dafür ein, das allgemeine Wahlrecht für Kommunal- und  
5 Landtagswahlen ab der Geburt einzuführen. Die automatische Eintragung ins  
6 Wähler\*innenverzeichnis erfolgt mit der Vollendung des 14. Lebensjahrs. Es sollen Strukturen  
7 erarbeitet werden, inwiefern eine barrierefreie Einschreibung ins Wähler\*innenverzeichnis vor  
8 dem vollendeten 14. Lebensjahr ermöglicht werden kann. Diese Maßnahme muss mit einem  
9 entscheidenden Ausbau der politischen Bildung und einer Öffnung der Schulen für Vereine,  
10 Initiativen und Parteien einhergehen. Planspiele für Parlamente und Diskussionen mit  
11 Abgeordneten sollen in den Lehrplänen der weiterführenden Schulen verankert werden.

---

## **Beschluss A 18 - Überweisung in UBV zur weiteren Beratung**

---

### **1 Ein neuer Sozialstaat – solidarisch finanziert**

2 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Landes- und Bundesparteitag*  
3 *weiterleiten:*

4 Die Geschichte der Sozialpolitik der BRD ist vor allem geprägt gewesen von dem Versuch, eine  
5 angemessene Balance zu finden zwischen den Wortbestandteilen des Versprechens der  
6 „sozialen Marktwirtschaft“. Es hat in den vergangenen zwanzig Jahren zahlreiche politische  
7 Entscheidungen gegeben, die den Schwerpunkt auf das Wort „Marktwirtschaft“ verschoben haben.  
8 Dazu gehören auch Entscheidungen der SPD, die wir aus heutiger Sicht als Fehler bezeichnen  
9 würden. Mit dem Sozialstaatspapier „Arbeit – Solidarität – Menschlichkeit: Ein neuer Sozialstaat  
10 für eine neue Zeit“, das der ordentliche Bundesparteitag der SPD am 6. Dezember beschlossen  
11 hat, haben wir starke Ideen und Konzepte vorgelegt, wie die Balance zwischen „sozial“ und  
12 „Marktwirtschaft“ wiederhergestellt werden kann und das zentrale Versprechen der sozialen  
13 Gemeinschaft, dasjenige der Solidarität der Starken mit denen in schwierigen Lagen, erneuert  
14 werden kann. Zu den beschlossenen Maßnahmen bekennen wir uns mit Nachdruck,  
15 insbesondere zur Abschaffung des bisherigen Zwei-Klassen-Systems der Kranken- wie der  
16 Pflegeversicherung und deren Ersetzung durch eine einheitliche und allgemein verbindliche  
17 Bürger\*innenversicherung, die gemeinsam das Solidaritätsversprechen des Sozialstaats  
18 gegenüber allen Generationen verkörpern.

19 Ein solidarischer Sozialstaat zeichnet sich dadurch aus, dass er den Strauchelnden unter die  
20 Arme greift und auf die Beine hilft, und dass sich alle Mitbürger\*innen im vollen ihnen möglichen  
21 Umfang daran beteiligen, diese Unterstützung zu gewährleisten. Das Prinzip der  
22 Beitragsbemessungsgrenze, wie sie in der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und  
23 Rentenversicherung existiert, widerspricht jedoch dem zweiten Teil dieses Gedankens. Daher  
24 werden wir im Zuge der Reform des Sozialstaats und der Einführung der  
25 Bürger\*innenversicherung als einheitlicher, allgemein verbindlicher Kranken- und  
26 Pflegeversicherung die Beitragsbemessungsgrenzen in beiden Versicherungssystemen  
27 abschaffen.

28 Wir werden in Zukunft nicht länger streng auf dem unsolidarischen Prinzip der Proportionalität  
29 zwischen den eingezahlten Rentenbeiträgen und der Höhe der Rente im Alter beharren und damit  
30 den Weg dafür ebnen, auch in der Rentenversicherung die Beitragsbemessungsgrenze  
31 abzuschaffen – ohne, dass dadurch die Kosten der Rentenversicherung durch hohe  
32 Rentenzahlungen für Menschen mit weit überdurchschnittlich hohen Einkommen explodieren.  
33 Dadurch sichern wir langfristig auch für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen eine  
34 Rente, von der ein Altern in Würde problemlos möglich ist.

35 Der zu leistende Beitrag in der Kranken-, der Pflege wie der Rentenversicherung soll sich künftig  
36 aus allen persönlichen Einkünften nach demselben Prinzip berechnen. Dazu gehören  
37 insbesondere auch Einkünfte aus (nebenberuflich) selbstständiger Tätigkeit sowie Kapitalerträge.

---

## Beschluss A 19 - Überweisung in UBV zur weiteren Beratung

---

### 1 **Die Zukunft der SPD-Internen Abstimmungen: Wir müssen mehr** 2 **Zugriffsschutz wagen!**

3 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Landes- und Bundesparteitag*  
4 *weiterleiten:*

5 Demokratie lebt von Beteiligung. Für die Partei, die wie keine andere für die Demokratisierung  
6 sämtlicher Lebensbereiche kämpft, ist es eine Selbstverständlichkeit auch und gerade intern  
7 wichtige Entscheidungen unter Einbeziehung aller zu treffen. Das Angebot digitaler Möglichkeiten  
8 bei parteiinternen Entscheidungen ist somit ein im Grundsatz richtiger, zumindest aber sehr  
9 nachvollziehbarer Schritt.

10 **Leider haben wir dabei in der jüngeren Vergangenheit wichtige demokratische**  
11 **Grundprinzipien nicht beachtet und grundlegende Prinzipien der IT-Sicherheit nicht**  
12 **verstanden bzw. grob missachtet.** Besonders bitter ist dabei, dass die vordringlichste Motivation  
13 die Kosteneinsparung ist. Die SPD darf demokratische Entscheidungsfindung nicht durch  
14 Sparzwänge gefährden. Demokratie ist keine Geldfrage. Lasst uns die Teilhabe ermöglichen, die  
15 unsere Partei braucht und die Mitglieder verdienen!

16 Konkret beziehen wir uns auf die Wahl zum Bundesvorsitzenden-Duo sowie die Abstimmung über  
17 den sächsischen Koalitionsvertrag:

#### 18 **Elektronische Wahlen**

19 Für die Abstimmung über die künftige Parteispitze der SPD müssen die Wahlgrundsätze der  
20 Bundesrepublik Grundlage sein. Eine solche Abstimmung muss also allgemein, frei, gleich,  
21 unmittelbar und geheim sein. Darüber hinaus muss das eingesetzte Verfahren für jede und jeden  
22 offensichtlich nachvollziehbar sein.

23 Ein digitales Verfahren führt dabei immer eine Verletzung des Wahlheimnisses oder der  
24 Unmittelbarkeit der Wahl. Entweder kann nicht nachvollzogen werden, dass meine Stimme am  
25 Ende unmittelbar und richtig abgegeben sowie gewertet wurde oder wenn dies überprüft werden  
26 könnte, wäre das Wahlheimnis verletzt. Das Problem liegt schlicht und ergreifend darin, dass  
27 niemand von uns in der Lage ist den Elektronenstrom in einem Transistor mit den eigenen Sinnen  
28 direkt nachzuvollziehen. Bei einer Urne mit Papierwahlzetteln geht das eben schon. Denn auch  
29 wenn tausende Tests mit dem Verfahren zu einem konsistenten Ergebnis führen, ist eben nicht  
30 klar, dass es beim tausend und ersten Mal wieder so ist oder letztlich gar eine Manipulation für  
31 den Testbetrieb vorlag.

32 Wenn das Bundesverfassungsgericht und der Chaos Computer Club sich bei einer  
33 digitalpolitischen Angelegenheit einig sind, ist davon auszugehen, dass sie Recht haben.

34 Daraus ergibt sich im Besonderen folgende Schlussfolgerung:

35 Wir erkennen an, dass es niemals eine Möglichkeit geben wird, Wahlen ausschließlich unter  
36 Einsatz digitaler Hilfsmittel unter Wahrung der Wahlgrundsätze nach Artikel 38 des  
37 Grundgesetzes durchzuführen. Dies betrifft sowohl Onlineverfahren als auch Abstimmgeräte auf

---

---

## **Beschluss A 19 - Überweisung in UBV zur weiteren Beratung**

---

38 Parteitag. Es muss mindestens eine Absicherung des Verfahrens über eine für Laien einfach  
39 und offensichtlich nachvollziehbare erfolgen.

40 **Wir fordern, dass alle Wahlen sowie damit verbundene Meinungsbildung entweder per**  
41 **Urnen- oder Briefwahl abgesichert werden.**

### **42 Abstimmung über politische Sachverhalte**

43 Wir halten es für richtig und gut, die Mitgliedschaft stärker einzubinden und in die Pflicht zu  
44 nehmen an den Entscheidungen des sächsischen Landesverbandes mitzuwirken. Dafür bilden  
45 digitale Meinungsfindungs- und Abstimmungsverfahren eine akzeptable Grundlage, wenn diese  
46 im informationstechnischen Sinne sicher sind.

47 Die Nachvollziehbarkeit kann hierbei jedoch durch eine öffentliche – für alle einsehbare –  
48 Aufzeichnung des individuellen Abstimmungsverhaltens sichergestellt werden. Prinzipiell wäre es  
49 also möglich Kaderlisten auf Basis von erwünschtem oder unerwünschtem Abstimmungs-  
50 verhalten zu erstellen. Diesem Risiko muss bewusst begegnet werden. Eine zeitlich begrenzte  
51 öffentlich Verfügbarkeit der Daten schränkt die Auswertung zumindest etwas ein.

52 Elektronische Systeme, die es ermöglichen müssen, insbesondere folgende Schutzziele der  
53 Informationssicherheit erfüllen: Vertraulichkeit, Integrität und Authentizität. Das heißt mindestens  
54 – und es ist ein Armutszeugnis, dass wir so etwas beschließen müssen:

- 55 • kein Einsatz unverschlüsselter Kommunikation,
- 56 • Sicherstellung der richtigen Empfänger\*innen (keine Verwendung unüberprüfter Mail-  
57 Adressen),
- 58 • verpflichtende Mehr-Faktor-Authentifizierung auf Empfänger\*innen-Seite,
- 59 • Überprüfbarkeit des eigenen Abstimmungsverhaltens durch Veröffentlichung namentlicher  
60 Abstimmungslisten,

61 Bis eine vollständige, überprüfbare informationstechnisch sichere elektronische Lösung nicht  
62 einsatzbereit ist, sollten wir darauf jedoch dringend verzichten.

63 Darüber hinaus regen wir an Möglichkeiten der Liquid Democracy, das heißt der  
64 themenspezifischen Stimmrechtsübertragung, stärker zur Entscheidungsfindung zu  
65 berücksichtigen.



---

## Beschluss A 20 - Überweisung in UBV zur weiteren Beratung

---

### 1 **Jetzt ist's vorbei mit CO2**

2 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an die SPD-Stadtratsfraktion weiterleiten:*

3 Der Klimawandel ist die größte existenzielle und soziale Herausforderung vor der die Menschheit  
4 steht. Um dem zu begegnen muss die Emission von Treibhausgasen reduziert werden. Das Ziel  
5 muss sein eine CO2-Neutralität unserer Daseins- und Wirtschaftsweise herzustellen. Wir müssen  
6 schnell handeln, um die +1,5°C-Marke nicht zu übersteigen.

7 Dresden hat sich 1994 mit dem Beitritt zum Klima-Bündnis europäischer Städte dazu verpflichtet,  
8 weniger Treibhausgase auszustoßen. Seit 2000 stagniert jedoch das Emissionsniveau, so wurden  
9 2010 rund 30% mehr Treibhausgase emittiert, als sich Dresden selbst zum Ziel gesetzt hat. Es  
10 sind daher erhebliche Einsparmaßnahmen notwendig.

### 11 **Strom und Wärme**

12 Die Strom- und Wärmeerzeugung in Dresden sind die zwei Sektoren mit den höchsten CO2-  
13 Emissionen. Es muss zunächst die Nutzung der Energie intelligenter und effizienter gestaltet  
14 werden. Weiterhin muss schnellstmöglich die Stromerzeugung auf die Nutzung von erneuerbaren  
15 Energiequellen, wie Wind und Solarstrahlung, umgestellt werden, um das Ziel der Klimaneutralität  
16 zu erreichen. Die hierfür geeignete Technik ist vorhanden; sie muss lediglich zum Einsatz kommen.

17 Die DREWAG soll diesen Umstieg verwalten und vorantreiben. Es sind Voraussetzungen zu  
18 schaffen, um innerstädtisch, im Umland und darüber hinaus dezentral entsprechende Anlagen für  
19 die Strom- und Wärmeversorgung zu errichten und zu betreiben. Es sollen Möglichkeiten für die  
20 Beteiligung von privaten Investor\*innen geschaffen werden. In der Stadt spielt die dezentrale  
21 Erzeugung von Strom und Wärme durch Sonnenenergie eine wichtige Rolle. Weitere Dächer von  
22 öffentlichen Gebäuden müssen daher für die Erzeugung von Solarstrom von der Stadt selbst  
23 genutzt oder zur Pachtung für Energiegenossenschaften oder privaten Betreiber\*innen von  
24 Solaranlagen freigegeben werden. Bereits bei Neubauten von städtischen Gebäuden müssen  
25 Photovoltaik- und Solarthermieanlage mitgeplant werden. Für private Eigentümer\*innen soll die  
26 DREWAG Informationen über verschiedene Möglichkeiten der Nutzung von erneuerbaren  
27 Energien und deren Finanzierung bereitstellen.

28 Potential für die Reduktion von Treibhausgasen ergeben sich auch in der Wärmeerzeugung und  
29 -nutzung. Ein Programm zur energetischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden soll aufgelegt  
30 werden, wobei mit den Gebäuden begonnen werden soll, die den höchsten Wärmeverbrauch bzw.  
31 -verlust haben.

32 Mittels Fernwärme kann eine klimafreundliche Wärmeversorgung sichergestellt werden. Daher  
33 muss das Fern- bzw. Nahwärmenetz mit Nachdruck ausgebaut und weitere Gebäude daran  
34 angeschlossen werden. Neue Gebäude sollen - je nach Verfügbarkeit des Netzes - verpflichtend  
35 an das bestehende Fernwärmenetz angeschlossen werden, außer es kann eine CO2-ärmere  
36 Wärmeerzeugung nachgewiesen werden. Um die Emissionen des Fernwärmenetzes weiter zu  
37 senken, sollen für die Wärmeerzeugung vor allem weitere emissionsarme KWK-Anlagen, aber  
38 auch Abwärme von Industrieanlagen und insbesondere erneuerbare Energien, wie Solarthermie,  
39 Biogas und Geothermie, verwendet werden. Bei Kraftwerksneubauten bzw. Modernisierungen

---

---

## **Beschluss A 20 - Überweisung in UBV zur weiteren Beratung**

---

40 bestehender Anlagen muss die Verwendung von emissionsarmen Energieträgern favorisiert  
41 werden.

42 Bereits bei der Planung von neuen Gebäuden soll auf die Energieeffizienz geachtet werden. Für  
43 größere Bauvorhaben soll ein Energiekonzept erforderlich werden. Die Stadt soll mit der  
44 Festsetzung von Bebauungsplänen Einfluss auf eine möglichst energiesparende und  
45 solaroptimierte Bauweise nehmen. Je nach Verwendungszweck sind Passivhäuser bzw.  
46 Niedrigenergiehäuser besonders zu berücksichtigen. Auch beim Verkauf größerer Grundstücke  
47 sollte die Stadt einen Mindestnutzungsanteil von erneuerbaren Energien vorschreiben.

### **48 Verkehr**

49 2013 wurden in Dresden 39% aller Wege mit dem Pkw zurückgelegt. 25% der Dresdnerinnen und  
50 Dresdner nutzen im Alltag neben dem Zu-Fuß-Gehen ausschließlich den Pkw. Daher ist es auch  
51 nicht verwunderlich, dass ein Viertel aller Treibhausgase in Dresden durch den Verkehr erzeugt  
52 werden.

53 Um die Emission des Verkehrs zu senken, benötigen wir einen höheren Anteil des  
54 Umweltverbandes, bestehend aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr. Dazu brauchen wir deutlich mehr  
55 Investitionen in diesen Bereich. Bei jeder Planung von neuen Straßen oder Ausbau vorhandener  
56 muss dieser konsequent mitgedacht werden.

57 Der Umstieg auf Alternativen zum mobilisierten Individualverkehr muss von der Kommune  
58 Dresden so stark wie möglich vorangetrieben werden. Dazu gehören die Konzeption von  
59 innerstädtischen Fahrradschnellwegen mit Anschluss an das Dresdner Umland. Als erste Routen  
60 werden hier folgende Verbindungen vorgeschlagen:

- 61 • Freital - Plauen - Innenstadt - Albertplatz / Neustadt - Klotzsche – Weixdorf
- 62 • Radebeul - Pieschen - Bahnhof Neustadt - Marienbrücke - Könneritzstr. - Hauptbahnhof -  
63 Lennéplatz - Tiergartenstraße - Rayskistraße - Reicker Straße - Prohlis – Pirna
- 64 • Radeberg - Neustadt - Innenstadt – Hauptbahnhof
- 65 • Pirna - Heidenau - Großschachwitz - Leuben - Zwinglistraße - Straßburger Platz -  
66 Innenstadt

67 Dabei ist neben einer großzügigen baulichen Umsetzung auf ein unterbrechungsfreies Fahren auf  
68 langen Strecken zu achten. Lichtsignalanlagen, Kreuzungen mit Fußgänger\*innen u.a.  
69 Geschwindigkeitshemmnisse sind zu vermeiden.

70 Abseits dieser Fahrrad-spezifischen Verkehrswege muss das Verkehrssteuerungskonzept der  
71 Stadt Dresden auf eine „grüne Welle fürs Rad“ ausgerichtet sein. Bedarfsampeln (sog.  
72 Bettelampeln) dürfen auf wichtigen Radverkehrsrouten nicht mehr vorhanden sein. Alle  
73 Kreuzungsbereiche zwischen Fahr-/ Gehstreifen unterschiedlicher Verkehrsteilnehmer\*innen  
74 müssen auf die Vermeidung von Unfallgefahren hin überprüft werden. Durchdachte  
75 Spurführungen müssen zur Unfallprävention beitragen. Ein aktuelles Beispiel für gescheiterte  
76 Verkehrswegeplanung ist derzeit der Kreuzungsbereich Bautzner Str./Glacisstr: Hier enden  
77 Fahrradspuren blind und zwingen zu risikoreichen Spurwechseln an einer ohnehin schon wenig  
78 übersichtlichen Stelle. Zudem muss der Winterdienst obligatorisch Fahrradwege als Fahrspuren  
79 räumen.

---

---

## **Beschluss A 20 - Überweisung in UBV zur weiteren Beratung**

---

80 Wir brauchen aber nicht nur Platz für fahrende Räder, sondern auch für parkende. Deswegen  
81 muss in Dresden eine Initiative für mehr Fahrradparkplätze gestartet werden, die das Aufstellen  
82 von mehr Radbügeln, die Schaffung sicherer Stellflächen in Stadtteilzentren und an wichtigen  
83 Nahverkehrsknoten wie abschließbare Fahrradboxen und ein Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof  
84 und Bahnhof Neustadt beinhaltet. Die Umwidmung von Autoparkplätzen muss überprüft werden.

85 Wir setzen uns auch für eine Verkehrsberuhigung innerhalb von Dresdens Stadtbezirken ein: in  
86 Wohngebieten und Nebenstraßen soll generell Tempo 30 gelten. Innerhalb sehr stark verdichteter  
87 Quartiere, wie z.B. der äußeren Neustadt und der Radeberger Vorstadt, sollen autofreie Zonen  
88 eingerichtet werden. Dies muss in einer intensiven Abstimmung mit den dort lebenden Menschen  
89 und den Geschäften vor Ort geschehen. Mit einem zeitlich begrenzten Modellprojekt sollte dies  
90 zuerst erprobt werden. In Ausnahmefällen sollen die Straßen weiterhin für z. B. Möbeltransporte  
91 oder Be- und Entladungen genutzt werden können. Einige wenige Besucher\*innenparkplätze  
92 sollen ebenfalls erhalten bleiben. Um die Alltagstauglichkeit zu erhalten, müssen Ausnahme-  
93 regelungen flexibel und einfach ausgestaltet werden. Die Anlieferung für Geschäfte und  
94 Unternehmen soll in begrenzten Zeitfenstern möglich sein.

95 Der Öffentliche Nahverkehr spielt eine wichtige Rolle in einer Großstadt wie Dresden. Wir wollen,  
96 dass mehr Menschen den ÖPNV verwenden. Dazu muss dieser attraktiver und flexibler werden;  
97 es braucht mehr Haltestellen, einen höheren Takt und mehr Linien. Darüber hinaus ist es wichtig,  
98 für eine bessere Erreichbarkeit der Haltestellen zu sorgen. Besonders in verdichteten Quartieren  
99 ist es häufig schwierig, stadtbezirksverbindende ÖPNV-Linien zu erreichen. Dafür sollen  
100 einerseits mehr Quartierslinien nach dem Vorbild der Linie 73 eingeführt werden. Andererseits  
101 können Haltestellen-gebundene Leihradkonzepte, betrieben von der DVB oder einem  
102 Partnerunternehmen, die Erreichbarkeit erhöhen und damit den ÖPNV attraktiver gestalten.

103 Mit einem günstigen und flexiblen Ticketangebot kann die Attraktivität des ÖPNV erhöht werden  
104 und mehr Menschen zum Umstieg in Bus und Bahn bewegt werden. Ähnlich zu Leipzig sollte die  
105 Einführung einer Art Bahn-Card überprüft werden. Damit können Tickets gegen einen monatlichen  
106 Grundbetrag zu einem reduzierten Preis erworben werden.

107 Die verschiedenen Mobilitätsangebote sollen weiter verknüpft und gebündelt werden. Dazu soll  
108 die DVB als zentraler Mobilitätsanbieter ausgebaut werden. Eine Reiseplanung und Bezahlung  
109 der Tickets sollen dabei aus einer Hand möglich sein. Im Zuge dieses Mobilitätskonzepts wäre  
110 auch die Einführung einer „Monatskarte XL“ denkbar, mit der die komplette Nutzung des ÖPNV,  
111 der Leihräder, Taxis und von Carsharing ohne zusätzliche Kosten möglich ist.

112 Alle Mobilitätsanbieter in Dresden müssen eine freie und offene Schnittstelle zu ihrem Service in  
113 einem standardisierten Format anbieten und eine freie Weiternutzung dieser Daten ermöglichen.  
114 Die DVB muss ebenfalls alle Haltestellen, Linien, Verbindungen sowie Live-Daten wie aktuelle  
115 Ankunftszeiten, Umleitungen oder Ausfälle bereitstellen.

116 Fast 100.000 Menschen pendeln täglich nach Dresden zum Arbeiten. Mit einer besseren  
117 Anbindung an das Umland durch mehr S-Bahnlinien und einer besseren Vernetzung mit dem  
118 Nahverkehr der Stadt, können mehr Fahrten ohne das Auto erfolgen. Zusätzliche P+R-Parkplätze  
119 sollten angelegt werden. Eine Erweiterung der Anbindung an den Fernverkehr der Deutschen  
120 Bahn soll angestrebt werden.

---

## **Beschluss A 20 - Überweisung in UBV zur weiteren Beratung**

---

121 Die Busflotte der DVB muss auf neue und emissionsarme Antriebe umgestellt werden. Dazu  
122 sollen neue emissionsarme Antriebe getestet werden. Auch der Bau neuer Straßenbahnlinien als  
123 Ersatz von hoch frequentierten Buslinien, wie der 61 und 62, kann zu einem umweltfreundlichen  
124 ÖPNV beitragen. Bei der Weiterentwicklung soll die exzellente wissenschaftliche Expertise in  
125 Dresden ansässiger Forschungseinrichtungen integriert und die Zusammenarbeit intensiviert  
126 werden.

### **127 Stadtnatur, Grünflächen und innovative Begrünungskonzepte**

128 Parks, Wiesen und Wälder sind die grüne Lunge von Städten. Sie regulieren urbane  
129 Temperaturen, schaffen zirkulierende Wärmeströme, sammeln Regenwasser, verbessern die  
130 Luftqualität und binden atmosphärische Treibhausgase. Dresdens Quartiere sind vielfältig  
131 strukturiert und beinhalten teils große Grünflächen einerseits, sind andererseits aber auch stark  
132 verdichtet. Daher brauchen wir ein intelligentes Stadtteilentwicklungskonzept, das den  
133 unterschiedlichen Gegebenheiten Rechnung trägt.

134 Wir fordern deswegen:

- 135 ● den Erhalt von Grünflächen und deren ökologische Pflege
- 136 ● die Schaffung von neuen Grünflächen an geeigneten Flächen mit Neupflanzung und  
137 Parkerweiterung, aber durchaus auch mit vielen kleineren, untereinander verbundenen  
138 grünen Inseln in der Stadt
- 139 ● die verstärkte Begrünung von Dächern, Fassaden und anderen geeigneten Objekten  
140 (Haltestellen, Transformatorenhäuschen, ...)

141 Einen Gestaltungsgrundsatz muss dabei der Erhalt biologischer Vielfalt bilden: naturnahe,  
142 insektenfreundliche Gestaltung, ohne der Verwendung von Pestiziden sowie der Einsatz von  
143 Pflanzen, die gut an die neuen klimatischen Bedingungen angepasst sind. Um die Quartiere  
144 aufzuwerten und die Lebensqualität zu steigern, müssen grundsätzlich alle versiegelten Flächen  
145 standortnah mit der Schaffung von neuen bzw. der Aufwertung von bestehenden Grünflächen  
146 kompensiert werden.

147 Dass auch Gebäudebegrünungen einen großen Beitrag zur Regulierung des Stadtklimas leisten  
148 und gleichzeitig zur Senkung der Energiekosten beitragen, ist wissenschaftlich bestätigt. Wir  
149 fordern daher, dass öffentliche Gebäude hinsichtlich ihrer Eignung zur Dach- und  
150 Fassadenbegrünung überprüft und, sofern möglich, saniert werden sollen. Bei Neubauten muss  
151 ein Begrünungskonzept von Gebäudeflächen eingeschlossen werden. Gebäudebegrünungs-  
152 konzepte müssen zudem fester Bestandteil von Bebauungsplänen werden. Das Umweltamt als  
153 kommunale Behörde soll hier private und öffentliche Bauvorhaben diesbezüglich beraten. Die  
154 fachliche und personelle Leistungsfähigkeit der Behörde muss dabei sichergestellt sein. Die  
155 wissenschaftliche und konzeptionelle Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Dresden  
156 wird angestrebt. Ein Programm zur Förderung von Investitionen in Gebäudebegrünung soll  
157 aufgelegt werden.

### **158 Information & Aufklärung über den Klimaschutz**

159 Die Stadt Dresden wird verpflichtet, jährlich transparent über die aktuellen Entwicklungen, den  
160 Klimaschutz betreffend, Bericht zu erstatten. In diesem Bericht müssen quantitative Messgrößen,

---

---

SPD Unterbezirk Dresden  
Ordentlicher Unterbezirksparteitag  
01. Februar 2020

Neues Rathaus Dresden, Dr.-Külz-Ring 19  
01067 Dresden  
Plenarsaal

---

**Beschluss A 20 - Überweisung in UBV zur weiteren Beratung**

---

161 wie beispielsweise abgerufene Fördersummen, Investitionskosten und Energieeffizienz-  
162 schätzungen einzelner Projekte, ebenso einbezogen werden wie die Vorstellung aktueller  
163 Projekte und Konzeptionen.

164 Mit einem neu einzuführenden „Klimaunterricht“ in Kita und Projektveranstaltungen in Schulen  
165 sollen die Kinder für den Klimaschutz sensibilisiert und eine ressourcenschonende und  
166 klimafreundliche Lebensweise vermittelt werden.

---

**Beschluss A 21 - Überweisung in UBV zur weiteren Beratung**

---

1 **5G-Ausbau – China-Hysterie beenden!**

2 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Landesparteitag, den Bundesparteitag*  
3 *und die Bundestagsfraktion weiterleiten:*

4 Der unzureichende Bestand und zu langsame Ausbau telekommunikativer Infrastruktur in  
5 Deutschland führt zu immer schwerwiegenden Problemen. Neben der für eine freiheitlich-  
6 demokratische Gesellschaft erforderlichen Zuverlässigkeit von Kommunikationsmitteln, machen  
7 auch schlicht wirtschaftliche Erwägungen einen möglichst schnellen, flächendeckenden und  
8 sicheren Ausbau des neuesten Mobilfunkstandards notwendig. Nun kündigt sich beim Ausbau  
9 des 5G-Netzes das nächste Fiasko an. Bereits die Vergabe der neuen Frequenzen durch eine  
10 Versteigerung war ein Fehler, der letztlich zu Kostensteigerungen bei den Endnutzer\*innen führt.

11 Durch den von US-Präsident Trump angestoßenen Handelskrieg mit China wird nun darüber  
12 debattiert, einzelne Anbieter – konkret Huawei – beim 5G-Ausbau der Netzwerktechnologien in  
13 Deutschland oder Europa auszuschließen. Begründet wird dies mit nicht haltbaren  
14 informationstechnischen Sicherheitsbedenken und Spionagevorwürfen – während sie bei anderen  
15 Anbietern, insb. dem US-Amerikanischen Cisco bereits nachgewiesen wurden. Ein Boykott ist  
16 somit aus informationstechnischer Sicht nicht sinnvoll und voraussichtlich ohnehin  
17 wettbewerbsrechtswidrig.

18 Wir fordern den freien Zugang aller Anbieter beim Ausbau des 5G-Netzes, um ein optimales,  
19 kostengünstiges & zügiges Ausbauergebnis zu erzielen. Dabei müssen die Anbieter dazu  
20 verpflichtet werden:

- 21       • Backdoors konsequent zu unterlassen  
22       • ihre Quellcodes gegenüber den Netzbetreibern und den zuständigen Aufsichtsbehörden  
23       offenzulegen regelmäßige Audits unabhängiger Dritter zuzulassen

---

SPD Unterbezirk Dresden  
Ordentlicher Unterbezirksparteitag  
01. Februar 2020

Neues Rathaus Dresden, Dr.-Külz-Ring 19  
01067 Dresden  
Plenarsaal

---

**Beschluss A 22 - Überweisung in UBV zur weiteren Beratung**

---

1 **Alle mitnehmen beim Ferienkarussell**

2 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Landesparteitag sowie die*  
3 *Landtagsfraktion weiterleiten:*

4 Wir setzen uns dafür ein, dass Sachsen sich in der Abstimmung zwischen den Bundesländern  
5 dafür einsetzt, dass auch Bayern und Baden-Württemberg in das System der rotierenden  
6 Schulferien aufgenommen werden, um Hochschulmitarbeiter\*innen zu ermöglichen, häufiger mit  
7 ihren Kindern Sommerferien zu verbringen.

---